Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

:antifaschistische nachrichten Nr. 21
g 3336 23.10.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Kundgebung gegen „Tafel"-Chefin

WEGBERG. Nicht Erwerbsloseninitiativen, die gegen die zunehmende „Vertafelung" der Gesellschaft protestieren wollten, sondern 20 Neonazis haben am 4. Oktober vor dem Wohnhaus der Wegberger „Tafel"-Chefin eine Kundgebung durchgeführt. Diese richtete sich gegen die Wegberger „Tafel", weil sie aus ihrem Spendentopf auch 1000 Euro an zwei Projekte in Afrika vergeben hatte. Außerdem forderten die Neonazis, darunter auch NPDler aus Mönchengladbach, Krefeld und Hückelhoven, sowie einige „Autonome Nationalisten" und Anhänger der „Volkssturms Rheinland", dass künftig nur noch Deutsche von der „Tafel" unterstützt werden sollen. Die „Grünen" kritisierten, dass die Kreispolizeibehörde nicht restriktiver mit der Anmeldung der „Mahnwache" umgegangen sei. Zudem hätte die Wegberger Verwaltung die Betroffene und die Vertreter im Rat der Stadt über die Kundgebung informieren müssen. *peb* ■

„Treuhand"-Beschwerden gescheitert

STRASSBURG. Die „Preußische Treuhand" um den Bundesvorsitzenden der „Landsmannschaft Schlesien", Rudolf Pawelka, ist mit ihren Beschwerden gegen Polen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg gescheitert. Die Schadensersatzansprüche – Rückgabe des Eigentums oder Entschädigung – wurden für unzulässig erklärt. Zurückgewiesen wurde auch der Vorwurf, Polen habe mit der Umsiedlung gegen Ende des 2. Weltkriegs gegen das Grundrecht auf Schutz des Lebens und gegen das Folterverbot verstoßen. Der polnische Staat habe zu diesem Zeitpunkt weder juristisch noch tatsächlich Kontrolle über die von Deutschsprachigen bewohnten Gebiete gehabt. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

„Nationalanarchismus" in Deutschland 6
Heldengedenkmarsch am 15.11. in München 7
Millons Karriere zuende? 9

Tägliche Proteste gegen das Geschäft mit dem Nazichic

Hamburg sagt tschüss zu „Thor Steinar"

Am 25. Oktober, gerade vier Wochen nach der Eröffnung, schließt „Brevik". Vorangegangen waren tagtägliche Kundgebungen und Proteste gegen den Verkauf von Nazimode inmitten der Hamburger City. Was dort unauffällig wie ein neues Knäckebrot oder die Wortschöpfung eines skandinavischen Möbelhauses daher kommt, war die sechste Filiale der bei Neonazis und Rassisten aller Couleur begehrten Bekleidungsmarke „Thor Steinar".

Gegen das Geschäft mit den Naziklamotten protestieren seit der Eröffnung mal hundert- und manchmal auch nur ein dutzend Antifaschistinnen und Antifaschisten. Ihr kontinuierlicher Protest von „Anbeginn an" war entscheidend, so das ‚Hamburger Bündnis gegen Rechts' in seinem Aufruf: „Ein Gewöhnungseffekt darf sich erst gar nicht breit machen" und „von ähnlichen Auseinandersetzungen in Berlin, Magdeburg, Leipzig und Dresden wussten wir, dass Kündigungsklagen zwar aussichtsreich sind, sich aber durch den Instanzenweg lange hinziehen", erklärte der Sprecher des Bündnisses, Wolfram Siede: Schließlich wollen wir nicht einfach warten, wie sich inmitten der Hamburger Innenstadt ein Anlaufpunkt für Neonazis etabliert".

Doch nicht nur Antifaschistinnen und Antifaschisten, sondern auch etliche anliegende Geschäftsleute waren genervt von dem ungebetenen Nachbarn in der gemeinsamen Ladenpassage – darunter eine Boutique, die Fanartikel des FC-St. Pauli führt, sowie ein Geschäft für Schmuck aus Israel. Diese Bruchlinien in der Marketingkonzeption der Passage, die erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit, der Druck der täglichen Kundgebungen und die damit einhergehende Polizeipräsenz, sowie letztlich ein durch die Bankenkrise erheblich beschädigter Vermieter führten zu einer Konstellation, die den politischen Druck erzeugte, der zu der schnellen Schließung der Naziboutique führte.

Brevik ist mies, aber nicht ‚brege'

Offensichtlich ließ sich die Hausverwaltung der HSH – Nordbank AG vom Geschäftsführer des Thor-Steinar-Vertriebes gleich doppelt hinters Licht führen. Gleich für fünf Jahre vermietete die bankeigene Hausverwaltung den gut platzierten Laden. *weiter Seite 3*

EUFV tagte in Brüssel

BRÜSSEL. Die „Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen" (EUFV) hat weitere Mitglieder aufgenommen. Auf der jüngsten Tagung in Brüssel wurde neben der Landesgruppe Baden-Württemberg der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" auch der ungarische Weltflüchtlingsverband und ein ukrainischer „Vertriebenen"-Verband aufgenommen. Angeblich strebten auch Verbände ostpolnischer „Vertriebener" eine Mitgliedschaft in der EUFV an, deren Präsident Wilhelm von Gottberg zugleich Sprecher der „Landsmannschaft Ostpreußen" ist. Diese müssten aber zuvor Satzungsklauseln ändern, die sich gegen andere „Vertriebene" in Europa richteten, beschloss der EUFV-Generalrat. *hma* ■

„Deutschlandpolitische Akademie"

SACHSEN-ANHALT. Die „Schlesische Jugend" und die „Jungen Witikonen" der völkischen sudetendeutschen Gesinnungsgemeinschaft „Witikobund" wollen vom 20. bis 23. November an einem zentralen Ort in Sachsen-Anhalt ihre „1. Deutschlandpolitische Akademie" durchführen. Thema der gemeinsamen Tagung sollen „Werte und Tugenden für ein zukünftiges Deutschland und Europa" sein. Bereits im Juni hatten die beiden Jugendverbände in einer „Cannstatter Erklärung" eine engere und intensivere Zusammenarbeit beschlossen und den derzeitigen Kurs des „Bund der Vertriebenen" kritisiert. *hma* ■

CDUler mit NPD-Kontakten

NRW. Heinrich Daub gehörte zu den Teilnehmern der unlängst vor dem NRW-Landtag in Düsseldorf durchgeführten Kundgebung der extrem rechten „Schutzgemeinschaft Deutsche Heimat der Deutschen aus Rußland", auf der auch der NPD-Landeschef Claus Cremer sprach. Der in Mainz lebende Daub ist CDU-Mitglied und Chefredakteur der deutsch-russischen Zeitschrift „Ost-West-Panorama", die mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren größtenteils in russischer Sprache erscheint. Hier finden sich unter den Autoren neben CDU-Leuten auch stramme NPD-Aktivisten. Der NPD-Chef Udo Voigt darf sich hier ebenso auslassen wie die NPD-Fraktionsvorsitzenden aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Der Leiter des NPD-"Arbeitskreises der Rußlanddeutschen", Andrej Triller (Hattingen), behauptet in dieser Zeitschrift – so das WDR-Magazin „Westpol" – „daß die Bundesregierung auf die Zersetzung und Vernichtung des deutschen Volkes aus sei", und Chefredakteur Daub verbreitet, „eine Weltjudenherrschaft haben 1933 Deutschland den Heiligen Krieg erklärt". Zu den Autoren der Zeitschrift zählt ebenfalls der in Krefeld lebende Heinrich Neugebauer. Das CDU-Mitglied ist stellvertretender Landesvorsitzender des „Bund der Vertriebenen" in NRW. Neugebauer sitzt auch im Integrationsbeirat des Landes NRW und hatte an dem Integrationsgipfel 2007 bei Bundeskanzlerin Merkel teilgenommen. In der März-Ausgabe der extrem rechten Zeitschrift schaltete die Bundesintegrationsbeauftragte sogar eine Anzeige. Erste Konsequenzen aus der Veröffentlichung dieser Verstrickungen hat der Verleger des „Ost-West-Panorama", Viktor Harder aus Oerlinghausen im Kreis Lippe, gezogen. Nachdem sich die örtliche CDU von Harders Blatt distanzierte und sich CDU-MdB Cajus J. Cäsar einschaltete, trat CDU-Stadtrat Harder aus der Partei aus und legt alle Ämter nieder. *hma* ■

HDJ: Razzia gegen rechtsextreme Jugendorganisation auch in Sachsen

DRESDEN. Bei einer bundesweiten Razzia gegen die rechtsextreme Jugendorganisation Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) sind auch vier Objekte in Sachsen durchsucht worden. Darunter seien zwei Postfächer und zwei Wohnungen gewesen, sagte ein Sprecher des Innenministeriums in Dresden. Die Maßnahmen seien vom Landeskriminalamt durchgeführt worden und würden nun vom Bundeskriminalamt ausgewertet.

Die vom Bundesinnenministerium veranlassten Durchsuchungen stehen den Angaben zufolge im Zusammenhang mit dem gegen die HDJ eingeleiteten vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahren. Laut Bundesinnenministerium gibt es Anhaltspunkte, dass sich die HDJ gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet. Der Verein sei ein „neonazistisch ausgerichteter Jugendverband". Unter dem Deckmantel von vordergründig unpolitisch wirkenden Freizeitaktivitäten wie Zeltlager würden Kinder und Jugendliche bereits in jungen Jahren an nationalsozialistisches Gedankengut herangeführt.

Die Sprecherin für antifaschistische Politik der Links-Fraktion, Kerstin Köditz, sagte, es gebe zahllose Indizien, dass die HDJ eine Fortführung der bereits 1994 verbotenen Wiking-Jugend sei. Ein Verbot wäre auch ohne gesonderte Verbotsverfügung seit langem möglich.

Die HDJ ging aus dem bereits in den 1950er Jahren gegründeten Bund Heimattreuer Jugend hervor und spaltete sich 2001 als eigenständige Organisation ab. Der Verein beschreibt sich als „aktive, volks- und heimattreue Jugendbewegung für alle deutschen Mädel und Jungen im Alter von 7 bis 29 Jahren".

Freie Presse online, 9.10.08 ■

Initiative Stuttgarter Stolpersteine will eine „Spur der Erinnerung"

STUTTGART. Der Count Down läuft, denn ab 14. Okt. 2008 hat der Arbeitskreis „Euthanasie" der Stuttgarter Initiativen Stolpersteine nur noch 365 Tage für die organisatorischen Vorbereitungen, um dann zur Erinnerung eine Farbspur von Grafeneck bis vor das Stuttgarter Innenministerium zu legen. Dann ist es 70 Jahre her, dass die evangelische Behinderteneinrichtung beschlagnahmt und in eine Tötungsanstalt umgebaut wurde.

Die Farbspur soll am 13. Okt. 2009 von Grafeneck beginnen. Über Münsingen soll sie dann in das Ermstal über Seeburg, Bad Urach, Dettingen, Neuenhaus nach Metzingen führen. Am nächsten Tag ins Neckarland über Riederich, Bempflingen, Neckartenzlingen, Altdorf nach Neckartailfingen. Am dritten Tag geht die „Spur" auf der Filderebene nach Aichtal/Grötzingen, Filderstadt (Harthausen, Sielmingen, Bernhausen) und Leinfelden-Echterdingen.

Schließlich führt dann die „Spur" über Möhringen, Sonnenberg, Degerloch in die Stuttgarter Stadtmitte vor das Innenministerium.

Die Verwirklichung des Vorhabens benötigt nicht viele, sondern extrem viele Menschen und in jeder Gemeinde ein Komitee für die örtliche Umsetzung. Kontakt: habichha@t-online.de oder bei der örtlichen kirchlichen oder bürgerlichen Gemeinde nachfragen.

Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July und Bischof Dr. Gebhard Fürst haben die Schirmherrschaft über das Projekt „Spur der Erinnerung" übernommen. *www. Stolpersteine-stuttgart.de, www.dieanstifter. de* ■

FDP-Kreisrat tritt Nitzsche-Bündnis bei

BAUTZEN. Wie die Sächsische Zeitung meldet ist der FDP-Kreisrat Marcus Menzel dem „Bündnis Arbeit, Familie, Vaterland" von Henry Nitzsche beigetreten. Er wolle aber sowohl FDP-Mitglied bleiben als auch der Kreistagsfraktion der Liberalen weiter angehören, so der Neukircher. „Ich habe den Eindruck, dass die FDP willenloser Mehrheitsbeschaffer für die CDU ist", begründete Menzel auf Anfrage der SZ seinen

weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

Pikanter Weise verkauft das Ladengeschäft in der HSH-Passage jetzt Klamotten, die zu tragen in der von der HSH-Nordbank gesponserten Volkspark-Arena laut Stadionordnung verboten sind. Zu Recht sah sich der Vermieter „arglistig getäuscht" und wollte seinen Mieter „ohne Ablösezahlung" kündigen, so der HSH-Pressesprecher Christian Buchholz in einer Pressemitteilung.

Doch auf den Entscheidungsebenen der „Landesbank für Hamburg und Schleswig-Holstein" sah man das anders: Anstelle eines langwierigen Kündigungsverfahrens und einer politischen Konfrontation entschied sich die Landesbankeigene Passagenverwaltung für eine Vertragsauflösung im „gegenseitigen Einverständnis. Nach Informationen der Hamburger Morgenpost sei eine Ablösesumme von 800.000 Euro geflossen. Danach tauschte das HSH-Passagenmanagement noch schnell ihren Pressesprecher aus. Die Nachfolgerin, Gesine Dähn, schaltete gegenüber dem ‚Neuen Deutschland' den kategorischen Imperativ ihres Vorgängers deutlich zurück: „Wir erstatten keine Abfindung und keine Prämie. Wir erstatten lediglich die entstandenen Kosten." Wie hoch diese ausfallen, darüber dürfe sie aber nichts sagen, das gebiete die vereinbarte Vertraulichkeit. So erreicht der gewiefte Geschäftsmann Meusel die Finesse eines Jürgen Riegers, der aus seiner Ablehnung Kapital zu schlagen vermag. Bereits im Streit um die Kündigungsklage einer seiner „Thor-Steinar"-Fillialen forderte Meusel eine halbe Million für den sofortigen Auszug im Magedburger „Hundertwasser-Haus", um an der nächsten Straßenecke mit dem Gewinn an Geld und Promotion eine neue Filiale aufzumachen.

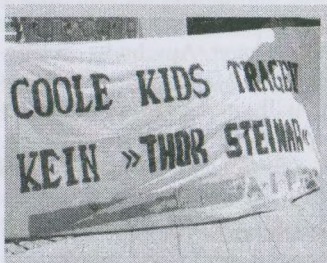
Kampagne: „Ladenschluss"

In Magdeburg, wo im Sommer 2007 ein Laden startete, kam es gleich am Eröffnungstag zu einer fristlosen Kündigung, die in erster Instanz Bestand hat. Das Magdeburger Landgericht vertrat die Auffassung; dass die Marke „Thor Steinar" eine Art „geistige Umweltverschmutzung" darstelle. Es billigte der Inhaberin einer anderen Boutique auch Mietminderung zu. Begründung: Die Nachbarschaft des „Thor-Steinar"-Geschäftes strahle „geistige Emissionsbeeinträchtigungen" aus. Ihre Miete müsse um zehn Prozent gesenkt werden – ähnlich wie bei Gestank. Das Verfahren geht derzeit durch den gerichtlichen Instanzenweg.

In der gleichen Woche, wie der Rausschmiss der Hamburger Filiale, bestätigte das Berliner Landgericht eine Kündigungsklage gegen die Thor Steinar-Filiale in der Rosa-Luxenburg-Straße 18 in Berlin-Mitte. Der zuständige Richter folgte in weiten Teilen den Argumenten des Klageführers: Die Protex GmbH, die den Laden angemietet hatte, hätte den Vermieter über den Verkauf der Marke „Thor Steinar" in dem Laden informieren müssen.

Schöner leben ohne Naziläden

In Hamburg gab es bereits mehrere Versuche, Naziläden zu etablieren. Der Aktuellste ist der in der entsprechenden Szene berüchtigte „Celtic Tattoo" in Bergedorf. Zeitgleich mit der Kündigung der Thor Steinar-Filiale, setzt der Laden in der Lohbrügger Landstraße 9 seit neuestem auf den Verkauf der bei Nazis beliebten Marken wie „Thor Steinar", „Pro Violence" und „Walhalla Germany". Dessen Vorgänger schimpfte sich im Sommer 2007 „Unbreakable Streetware" an der Bürgerweide in Borgfelde. Die Kündigung erreichte den Betreiber, nachdem Neonazis den Geburtstag von Adolf Hitler mit Hakenkreuztorte feierten – 2006 musste derselbe Ladenbesitzer sein Geschäft „Odin und Freya" in St. Pauli nach lang anhaltenden Protesten und einer Sammelbeschwerde der Anwohnerinnen räumen. Auch der Naziladen „Nordic Thunder" am Lokstedter Steindamm sowie der Bekleidungsladen „Stavanger" in der Alsenstraße gab bereits vor Jahren auf. Anders als die genannten Läden wollte sich Meusel allerdings nicht in Seitenstraßen und Vororten verstecken, sondern seine Marken in Hamburgs bester Verkaufslage präsentieren. Jugendliche Antifas, die mit einer hohen Ausdauer den Protest initialisierten haben zusammen mit organisierten Kampagnenstrukturen dafür gesorgt, dass es dem Markenführer in Sachen Naziklamotten nicht anders ergeht als seinen schmuddeligen Vorläufern. Als ein gutes Zeichen werten wir, dass die Filiale am Tag der Eröffnung und am zweiten Wochenende danach wegen massiver Proteste auf Anweisung des HSH-Nordbank-Facilitiy-Managements vorzeitig geschlossen werden musste. *kun* ■



„Nazikleidung stinkt"?!

In gerade einmal sechs Jahren haben sich die hochpreisigen Jacken, Pullover und Shirts der Marke Thor Steinar zu einem beliebten Wiedererkennungszeichen deutscher Neonazis gemausert. Allein der Name spricht Bände - verbindet er die Assoziation auf den SS-General Felix Steiner mit Bezügen zu nordischer Mythologie und völkischer NS-Symbolik. Zudem weiß der Brandenburger Verfassungsschutz, dass der Geschäftsführer aller sechs Thor Steinar Filialen, Uwe Meusel, „Rechtsextremisten in seiner Firma beschäftigt". Und das Geschäft mit dem rechten Lebensstil läuft gut: Thor Steinar beschert seiner Vertriebsfirma Protex einen Jahresumsatz von mehreren Millionen Euro. Weitere Informationen und Flugblätter zum download, unter: **www.stop-thorsteinar.de.vu** oder über die Verlinkung des Hamburger Bündnis gegen Rechts unter: **www.keine-stimme-den-nazis.org**

Keine Platz den Nazis.

Programm

7. November 2008

19.00 Uhr Mahngang, Treffpunkt: Alte Synagoge, Waagegasse, Route: Rathaus, Schlösserstr., Bahnhof, Topf & Söhne-Gelände

Im Anschluss Filmabend

Ort: Besetztes Haus, Rudolstädter Strasse 1

„Drei Tage im April", Oliver Storz, Dtl. 1994

8. November 2008

9.30 Uhr Demo: Treffpunkt: Synagoge, Juri-Gagagin-Ring 16, Kundgebungen vor dem Bahnhof und auf dem Anger

11.30 Uhr: Eröffnung des Ratschlags
Fachhochschule Erfurt, Altonaer Straße 25
Vortrag und Diskussion

Dr. Oliver Decker, „»Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland." Eine Studie, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung entstand.

Vorstellung der Workshops

13.00 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr Workshops
17.30 Uhr Abschlussplenum

Schritt. Vom Parteiprogramm der Liberalen sei er aber nach wie vor überzeugt.

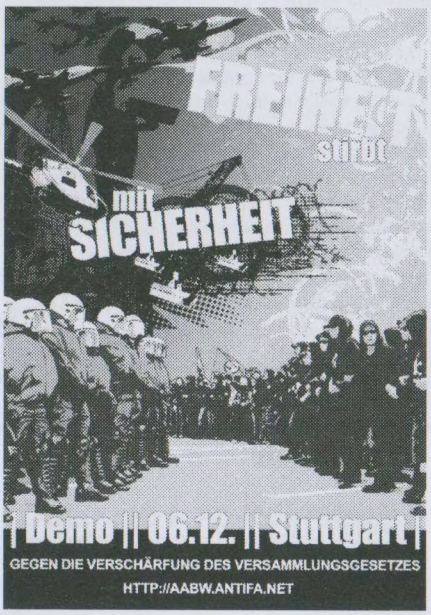
Kreisverband und Fraktion wollen allerdings Menzels Verhalten nicht akzeptieren. Der Vorstand entscheide anschließend auf seiner Sitzung Ende Oktober, ob ein Parteiausschlussverfahren gegen Menzel eingeleitet werde, so FDP-Sprecher Thomas Kunz.

Quelle: Sächsische Zeitung, Lokalausgabe Bautzen v. 16.10. ■

Antifaschistisches Aktionsbündnis Baden-Württemberg bereitet Demos vor

STUTTGART. Unter dem Vorwand der „Extremismusbekämpfung", einem antikommunistischen Propagandabegriff aus dem Kalten Krieg, will die baden-württembergische Landesregierung die Versammlungsfreiheit einschränken.

Nach dem Vorbild Bayerns sollen Demonstrationen zukünftig dem Wohlwollen von Polizei und Ordnungsämtern sowie umfassender Dauerüberwachung unterliegen. Baden-Württemberg spielt,



wie schon mit dem im August verabschiedeten Polizeigesetz, eine Vorreiterrolle beim Trend zum Ausbau von Repressionsorganen bei gleichzeitigem Abbau des Sozialstaats, der sich auch in bundesweiten Maßnahmen wie der Vorratsdatenspeicherung und der Überwachung von Arbeitslosen widerspiegelt.

Wir, das Antifaschistische Aktionsbündnis Baden-Württemberg, stellen uns diesem politisch motivierten Angriff entgegen und fordern den sofortigen Stopp der Kriminalisierung linker Demonstrationen. Erst recht werden wir gegen den Versuch Widerstand leisten, weiteren polizeilichen Willkürmaßnahmen eine rechtliche Grundlage zu geben. Die Einschüchterung, die die Bedrohung von Demo-AnmelderInnen, die namentliche Erfassung von OrdnerInnen und die flächendeckende Videoüberwachung bewirken sollen, wird uns weiterhin nicht daran hindern, Nazis kompromisslos entgegenzutreten sowie soziale und antikapitalistische Forderungen auf die Straße zu tragen. Demonstrationen gegen das neue Versammlungsgesetz werden stattfinden am

29.11. in Mannheim und
am 6.12. in Stuttgart

http://aabw.antifa.net ■

Justiz will Auslieferung von mutmaßlichem Holocaust-Leugner

Die Mannheimer Justiz strebt die Auslieferung des mutmaßlichen Holocaust-Leugners Frederick Toben an. Der 64-jährige deutschstämmige Australier war am Mittwoch am Londoner Flughafen Heathrow festgenommen worden. Nach ihm war mit einem in Mannheim ausgegebenen EU-Haftbefehl gesucht worden.

Toben soll in Druckschriften und im Internet die millionenfache Ermordung von Juden im nationalsozialistischen Konzentrationslager Auschwitz geleugnet haben. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft will eine Auslieferung beantragen, sagte ein Sprecher.

Quelle: dpa, Oktober 2008 ■

Antisemitismus hinter Gittern

BRUCHSAL. Im Bruchsaler Gefängnis tauchten auf Rechnern im EDV-Seminarraum Hitlerbilder auf. Diverse Gefangene fanden es „lustig", sich diese als Desktophintergrund einzurichten. Da Gefangene dort weder CD-ROMs noch ähnliches besitzen dürfen, fragt man sich, wer die Bilder aufspielte und ins Intranet stellte. Eine erste Löschaktion schlug fehl; erst nachdem ein völlig neues Betriebssystem eingerichtet wurde, waren Hitlerbilder nicht mehr verfügbar.

Auch als Teilnehmer eines Lageristen-Kurses, der über mehrere Monate ging, erlebte ich regelmäßig antisemitische Ausfälle von Mitgefangenen, zwei Gefangene zeichneten antisemitische „Karikaturen", von der Lehrkraft (ein ehemaliger Zeitsoldat und Fallschirmjäger) war, wenn er solche Äußerungen mitbekam, nur ein unangemessenes Lachen zu hören, selten auch mal ein halbherziger Versuch, solche Äußerungen zurückzuweisen.

Thomas Meyer-Falk, z.Zt. JVA Bruchsal ■

Wieder Naziläden in Ludwigshafen

Mit einem Schreiben informierte Anfang September 2008 die „Bürgerinitiative gegen Rechts Ludwigshafen" die politisch Verantwortlichen der Stadt über die Existenz eines versteckten Ladens in Ludwigshafen Süd, in dem vermutlich nazistische und rassistische Waren vertrieben werden. Antifaschistische Initiativen hatten recherchiert, dass dieser „Laden" zu bestimmten Zeiten geöffnet ist – einschlägiges Publikum ist im Innenhof anzutreffen. Er befindet sich in unmittelbarere Nähe der Kneipe „Bloksberg", die noch vor zwei Jahren wöchentlich beliebter Treffpunkt von Rechtsextremen war.

Ein zweiter Laden namens „Thugs" befindet sich in Ludwigshafen-Friesenheim. Dort würden vor allem Thor Steinar-Klamotten vertrieben; er ist Treffpunkt für Hooligans, auch des SV Waldhof. Vieles deutet darauf hin, dass der „Laden" in der Halbergstraße von Malte Redeker, einem in der Bundesrepublik führenden Hammerskin-Vertreter, betrieben wird. Damit muss befürchtet werden, dass sich hier in der Rhein-Neckar-Region eine extrem rassistische Organisation einnistet oder bereits eingenistet hat.

Die Hammerskins haben ihren Ursprung in einer US-amerikanischen weißrassistischen Bruderschaft, die 1986 in Texas gegründet wurde. Sie stehen der White Power-Bewegung und den Ku Klux Klan nahe und begreifen sich hier als Elite der Naziskins. Ihre rassistische Ausrichtung zeigt sich u. a. in ihrem Markenzeichen der zwei gekreuzten Zimmermannshämmer, eine Anspielung auf die Symbolik des nordischen Gottes

Anzeige

Thor und die angebliche nordische, „arische" Herrenrasse.

Kriegs-, Männlichkeits- und Rassenwahn zeichnen die Bruderschaft aus. Jeder neue „Bruder" wird einem genauen Auswahlverfahren unterworfen. Ihr einfallsloses Motto steckt hinter den vier Buchstaben HFFH: Hammerskins for ever, for ever Hammerskins.

In Europa sind sie vor allem in der Schweiz und Schweden, aber auch in vielen anderen europäischen Ländern mit sogen. Divisions vertreten. Seit 1991 seien sie auch in Deutschland aktiv. Ihre Mitgliederzahl wird hier auf 150 bis 300 geschätzt. Seit dem Verbot des internationalen Nazi-Musiknetzwerks „Blood & Honour" konzentrieren sich die deutschen Hammerskins auf die Anhängermobilisierung und -gewinnung über Rechtsrock-Konzerte. Nach Recherchen von antifaschistischen Kräften war Malte Redeker bereits international tätig. Er habe von Mexiko und Spanien aus für die „Bewegung" gearbeitet.

Seine Aktivitäten in der Schweiz seien schließlich aufgrund von Problemen mit der Schweizer Behörde beendet worden. So kam er etwa 2001 nach Ludwigshafen. Redeker agiere vorsichtig und professionell. So hatte er z.B. sein Konzert im Mannheimer Hafengebiet Rheinau im März 2005 als Hochzeitsfeier deklariert. Sämtliche Gäste waren mit einer Geburtstagseinladung ausgestattet, so dass bei der Polizeirazzia das Konzert ausreichend glaubwürdig als Privatveranstaltung deklariert werden konnte (Indymedia). Auch bei Demonstrationen hält er sich eher im Hintergrund. Seine sonstigen Aktivitäten werden im Brief der Bürgerinitiative genannt.

Um dem Unwesen dieser Rassisten in einem Ludwigshafener Hinterhof ein Ende zu bereiten, haben sich Anfang Oktober zahlreiche Organisationen getroffen und ein gemeinsames Vorgehen beraten. Vertreten waren die Grünen Jugend, die Jusos, die BI gegen Rechts, Rock gegen Rechts, die LINKE aus mehreren Kreisverbänden, die VVN-BdA, die Sozialistische Jugend, Anarchistische Gruppe, RSB und antifa-Gruppen. Diverse Aktionen wurden besprochen.

Ein Pressegespräch mit Rheinpfalz und Mannheimer Morgen fand statt. Auch die Stadtverantwortlichen in Ludwigshafen sind aufgeschreckt und prüfen die Lage, hoffentlich folgt auch von ihrer Seite schnelles und zielsicheres Handeln. Der Laden als ein Organisationszentrum und Treffpunkt muss geschlossen werden. *ede* ■

Infos und Luftballons vor dem Rathaus

STOLBERG. Mit einem Infostand haben am Samstag, den 10.10. in Stolberg auf Initiative des „Bündnisses gegen Radikalismus" Menschen gegen Rechtsextremismus und Ausländerhass demonstriert. Die Polizei war mit einem größeren Aufgebot vor Ort, um ein Aufeinandertreffen mit Neonazis zu verhindern.

Anlass für den Infostand und eine Kundgebung vor dem Rathaus war ein NPD-Stand im Steinweg. Rund 45 Personen nahmen an der Kundgebung teil, zeitweise waren auch Bürgermeister Ferdi Gatzweiler und der Landtagsabgeordnete Axel Wirtz vor Ort. Passanten unterzeichneten einen Appell und beteiligten sich an einer Luftballon-Aktion.

Gegen Mittag zogen dann von den Polizeikräften begleitet rund 30 Antifaschisten bis zum Mühlener Markt.

Dort fand ab 14 Uhr das 8. antifaschistische Konzert „fight fascism" statt. Es sollte ursprünglich am 30. August im Jugendheim Münsterbusch stattfinden und musste von den Veranstaltern (Gruppe Z u. VVN-BdA Aachen) abgesagt werden, weil die Stadt unerfüllbare Auflagen erteilte. Nun wurde dieses Konzert als Kundgebung in der Form eines open-air-Konzertes nachgeholt.

„Wir sind aus einem speziellen Grund auf dem Mühlener Markt. Hier haben die Nazis nach dem Mord im Frühjahr ihre Parolen skandiert. Wenn wir den schon angedrohten Marsch der Nazis durch Stolberg im Frühjahr 2009 verhindern wollen, dann mit unseren ausländischen Mitbürgern zusammen", sagte Kurt Heiler von der VVN-BdA Aachen und rief zu gemeinsamem Handeln gegen den Faschismus auf. „Wir wollen mit diesem Konzert ein Zeichen setzen und mit den Migranten zusammen die Nazis bekämpfen."

Während des Konzertes äußerte sich auch der Contergan-Geschädigte und Jurist Andreas Meyer als Vertreter des „Bund Contergan-Geschädigter und Grünenthal-Opfer e.V." über den Contergan-Skandal und die Beziehungen der Stolberger Firma Grünenthal zum Nationalsozialismus. Dabei ging er auch auf die Rolle des Chemikers Otto Ambros ein, der als Hauptverantwortlicher für das KZ Monowitz zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wurde und nach seiner vorzeitigen Entlassung einen Posten im Aufsichtsrat von Grünenthal erhalten habe.

Quelle: Aachener Nachrichten und Aachener Zeitung ■

6. Nazi Demo für ein „Nationales Jugendzentrum" am 6.12. BERLIN

BERLIN. Am 6. Dezember 2008 ist es mal wieder soweit: Zum 6. Mal in Folge wollen Nazis in Berlin für ein „Nationales Jugendzentrum" aufmarschieren. Bereits im letzten Jahr kamen über 600 Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet nach Berlin. Die bisherige Mobilisierung der Rechten lässt darauf schließen, dass es in diesem Jahr noch mehr werden könnten. So mobilisieren fast alle relevanten Gruppen der „Autonomen Nationalisten" nach Berlin.

Daher hat sich ein antifaschistisches und linksradikales Bündnis zusammen gefunden, um den Naziaufmarsch zu ver-

hindern. Mit vielfältigen & dezentralen Aktionen soll die Route der Nazis blockiert werden. Wo genau der Aufmarsch stattfindet, steht noch nicht fest.

Den Aufruf, Materialien, Infos gibt es auf der Website

www.antifa-dezember.de.vu

Antifa-Bündnis gegen den Naziaufmarsch am 6. Dezember in Berlin ■

Sachsens Polizei verbietet Anti-Nazi-Plakat

DRESDEN. Nach Angaben der sächsischen Linkspartei mussten am 3. Oktober im Vorfeld einer antifaschistischen Demonstration in Geithain Plakate der Linken überklebt werden. Die Polizei habe dies damit begründet, dass auf dem Plakat ein Neonazi abgebildet sei, der sich SS-Runen in die Haare rasiert hat (siehe Foto von 2004). Es bestehe damit der Verdacht auf Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Die Linkspartei, die darauf verweist, dass man das Motiv seit Jahren anstandslos nutzt, hat einen Anwalt mit der Prüfung von juristischen Schritten gegen diese Entscheidung beauftragt. Zudem kündigte sie eine parlamentarische Anfrage an die Staatsregierung an.

In einem ähnlichen Fall hatte der Bundesgerichtshof bereits 2007 entschieden, dass eindeutig identifizierbare Anti-Nazi-Symbole nicht strafbar sind. Das sächsische Innenministerium forderte gestern einen Bericht zu dem Vorfall an.

Quelle: Sächsische Zeitung ■

Nationalanarchismus in Deutschland

Nationalanarchismus ist eine politische Weltanschauung, die Nationalismus und Anarchismus miteinander verbinden will. Der wesentliche Vertreter dieser Ideologie in Deutschland, der Berliner Rechtsextremist Peter Töpfer, nennt die „nationale Anarchie" als sein politisches Ziel und versucht seit 1998 seine politischen Ideen über eine eigene Homepage im Internet zu verbreiten. In einem ersten Schritt wird eine Analyse seiner Ideologie vorgenommen. Danach werden Töpfers Verbindungen zum rechtsextremistischen Spektrum aufgezeigt sowie sein nationalanarchistisches Gedankengut einer Bewertung unterzogen.

Ideologie

Der Rechtsextremist Peter Töpfer richtete im Jahre 1999 eine Internetseite über den Nationalanarchismus ein. Er unterhält Verbindungen zum internationalen Nationalanarchismus wie Troy Southgate aus Großbritannien oder Hans Cany aus Frankreich.[1]

Laut Töpfer ist der Nationalanarchismus an verschiedenen Orten der Welt als Ausdruck des radikalen Antimodernismus und des radikalen individuellen und kollektiven Selbstbestimmungswillens entstanden. Töpfer behauptet, dass es in Deutschland schon in den 1920er Jahren Nationalanarchisten gab. Hier nennt er den Freikorpsführer Helmut Franke, der als Herausgeber der Zeitschrift „Die Standarte – Beiträge zur geistigen Vertiefung des Frontgedankens", eine Beilage der Stahlhelm-Bundeszeitung, firmierte. Töpfer vertritt die Auffassung, dass der deutsche Nationalanarchismus post-linkshegelianische und radikal-aufklärerische Wurzeln habe, weshalb er eine etwas isolierte Stellung innerhalb der nationalanarchistischen Weltbewegung einnimmt. In der BRD soll es neben der „Berliner Sektion" eine andere in Hamburg gegeben haben, die jedoch „im Nationalrevolutionären steckenblieb". [2]

Töpfer verfasste ein nationalanarchistisches Manifest, wo er eine natürliche und spontane Ordnung „organizistischen Normativismus" vorzieht.[3] Anarchie sieht er nicht als Staatslosigkeit an, sondern als Herrschaftslosigkeit.[4] Er hält es für wenig wahrscheinlich, dass sich die Welt im Sinne der nationalen Anarchie entwickelt; nur eine „post-katastrophale Welt könnte Züge der nationalen Anarchie tragen".[5] Laut Töpfer gibt es keine nationalanarchistische Weltanschauung und keine nationalanarchistische Organisation. Es gibt nur einzelne Personen, die sich als Nationalanarchisten bezeichnen. Sie sind Einzelkämpfer oder agieren in kleinen Gruppen vor Ort. Es existiert keine Zentrale, keine Organisation oder Führer, es gibt keine Struktur über die persönliche Bekanntschaft und die befristete Aktion hinaus. Bei überregionalen Treffen geht es nicht um die Bildung einer Organisation, sondern lediglich um Erfahrungs- und Meinungsaustausch. Töpfer begreift sich selbst in der Tradition des „matristisch-wahnischen Flügels der NDSAP"[6], mit dem „Hitlerismus kann ich eher weniger, sozusagen überhaupt nichts anfangen." [7]

Verbindungen zum rechtsextremen Spektrum

Peter Töpfer firmierte neben Andreas Röhler in den Jahren 1995-1997 als Mitbegründer und Mitherausgeber der rechtsextremistischen Zeitschrift „Sleipnir. Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik". 1998 nahm er an einer NPD-Demonstration in Rostock teil, wo er ausgerüstet mit einer schwarzroten Fahne seine nationalanarchistische Gesinnung proklamierte. Diese Neuerscheinung fand weder bei den Veranstaltern noch bei den Freien Kameradschaften großen Anklang. Töpfer warb im Internet für ein Bündnis mit „deutschen Anarchisten" und organisierte in den Jahren 2001-2002 mehrere Querfront-Treffen unter anderem mit Karl Nagel, dem ehemaligen Vorsitzenden der APPD.[8] Es gab auch eine enge Zusammenarbeit mit Michael Koth vom Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS), was unter der Bezeichnung „Bündnis nationale Linke im nationalen Widerstand" und „AG Antifaschismus im nationalen Widerstand" firmierte. [9]

In Töpfers Buch „Nationale Anarchie. Texte 1997 bis 2000"[10] ist ein Briefwechsel mit dem Neonazi Christian Worch abgedruckt. Im Jahre 2004 war er Mitglied im Komitee „Freiheit für Horst Mahler". Auf seiner Homepage findet sich der Beitrag „Freiheit für Germar Rudolf!", in der dem bekannten Holocaustleugner Rudolf Gelegenheit gegeben wird, seine antisemitische Propaganda aus der Haftanstalt einem breiteren Publikum zukommen zu lassen. Darunter befindet sich die Rubrik „Freiheit für Ernst Zündel!", jenem Rechtsextremisten, der im Februar 2007 von der Staatsanwaltschaft Mannheim wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde.[11] Im Dezember 2006 nahm Töpfer an der „Teheraner Holocaust-Konferenz" unter der Leitung von Irans Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinejad mit ca. 150 weiteren Rechtsextremisten und Holocaustleugnern aus der ganzen Welt teil. Dabei ging es „nicht nur um wissenschaftliche Aspekte, sondern auch um die Anwendung des Holocau$t-Themas als Mittel zur politischen und wirtschaftlichen Erpressung von Nichtjuden."[12] Töpfer hielt dort einen Vortrag als „Vertreter der BRD".

Bei einer Besprechung seiner Bücher in der „Deutschen Stimme" kam es zu einer weitgehend positiven Bewertung: Arne Schimmer stellte fest:[13] „(...) Als einer der ganz wenigen Erben des freiheitlichen Furors dieser Ur-Linken kann der Berliner Peter Töpfer betrachtet werden, der (...) als (...) Initiator des ‚Querfront'-Projekts zu den kreativsten Köpfen der nationalen Opposition zählt und viel dazu beigetragen hat, daß die nur der herrschenden Politik und den Geheimdiensten dienenden Bürgerkriegsfronten zwischen Rechten und Linken in den letzten Jahren ein wenig aufgeweicht wurden."

Bewertung

Als Anarchismus werden Bestrebungen bezeichnet, „die durch Abschaffung jeder Macht, mit oder ohne Gewalt, eine auf jeden Zwang verzichtende Gesellschaft gerichtet ist."[14] Der Nationalismus ist die auf die moderne Nation und den souveränen Nationalstaat als die zentralen Werte bezogene Ideologie. Er ist geeignet, soziale Großgruppen zu integrieren und sie durch nationale Identifikation gegen die andersstaatliche Umwelt abzugrenzen, wobei er nach innen und außen militant auftreten kann.[15] Im 19. Jahrhundert entstanden Anarchismus und Nationalismus als sich einander ausschließende Ideologien. Die anarchistischen Kriterien wie Ablehnung von Zwang und Gleichheit der Individuen korrelieren mit dem vom Nationalismus ausgehenden Auschlusscharakter bestimmter Menschen oder Angehörige anderer Staaten. Deshalb ist der Begriff Nationalanarchismus ideologisch abzulehnen.

Nationalanarchisten sind dem Rechtsextremismus zuzuordnen; es wird versucht, den Anarchismus zu ihren Gunsten umzudeuten und ihm einen wie auch immer gearteten nationalen Charakter zuzusprechen. Töpfers Versuch, sich als Linker zu bekennen, kann als Verschleierungstaktik und Propaganda verstanden werden.

Der Verfassungsschutz des Landes Brandenburg bezeichnete den Nationalanarchismus als rechtsextreme Querfrontstrategie:[16] „Ein weiterer Vertreter der ‚Querfrontstrategie' ist der ‚bekennende Nationalanarchist' Peter Töpfer aus Berlin. Er ist mitverantwortlich für eine Webseite mit dem bezeichnenden Namen www.querfront.de. (...) Bislang ist es ihr (der ‚Querfront'-Redaktion, M.L.) aber nicht gelungen, ‚aus der politischen Sackgasse herauszukommen' und rechtsextreme Auffassungen akzeptabler zu machen."

Thomas Pfeiffer versteht die von Töpfer vertretene Weltanschauung ebenfalls

→

Neonazistischer Heldengedenkmarsch am 15.11.

MÜNCHEN. Neonazis der „Freien Nationalisten München" rufen zu einem „zentralen Heldengedenkmarsch der Freien Kräfte Bayerns" am 15. November auf. Unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Soldaten" wollen sie vom Goetheplatz aus in einem „Trommelmarsch mit Gedenkkranz zum Grabmal des unbekannten Soldaten" ziehen. Der Aufzug soll um 13 Uhr beginnen, Treffpunkt ist schon vorab um 12 Uhr der Hauptbahnhof (Ausgang Arnulfstraße).

Anlass für den Aufmarsch sind die am darauffolgenden Tag stattfindenden Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag. An diesem vorletzten Sonntag vor dem ersten Advent finden bundesweit Feierlichkeiten statt. Es wird der Toten der beiden Weltkriege und den Opfern von Gewaltherrschaft aller Nationen gedacht. Diese Veranstaltungen werden vom „Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge" (VDK) ausgerichtet.

Der VDK hatte 1919 den Volkstrauertag als Gedenktag für die gefallenen deutschen Soldaten des ersten Weltkriegs angeregt. Ab 1926 wurde er regelmäßig begangen. Die Nationalsozialisten machten diesen Tag 1934 zum staatlichen Feiertag und benannten ihn um in „Heldengedenktag". Träger der Veranstaltung waren fortan die Wehrmacht und die NSDAP. Im Mittelpunkt stand nun statt einer Trauerveranstaltung die Heldenverehrung und die Glorifizierung des Soldatentodes für „Führer, Volk und Vaterland".

Seit mehreren Jahren haben Neonazis in der ganzen Bundesrepublik die nationalsozialistische Tradition des „Heldengedenkens" wiederaufgenommen. Ob als Huldigung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß („Märtyrer des Friedens") in Wunsiedel, als Großdemonstration in Dresden gegen die alliierten Fliegerangriffe („Bombenholocaust") oder als Heldengedenkmarsch zum größten deutschen Soldatenfriedhof in Halbe („Für die Tapferkeit und Opferbereitschaft des deutschen Soldaten"): Neonazis nehmen an offiziellen Gedenkveranstaltungen teil, sie legen Kränze an Kriegerdenkmälern nieder, reinigen und pflegen Kriegsgräberstätten. Mit der Ehrung der toten Soldaten und der Leugnung deutscher Verbrechen versuchen sie, den Nationalsozialismus und den Krieg zu verklären.

Neonazis protestieren während der Ausstellung zur Geschichte der Wehrmacht, Bild aus Kiel

Die „Freien Nationalisten München" stört vor allem, dass bei der Veranstaltung im vergangenen Jahr der VDK-Funktionär Dr. Wilhelm Weidinger in seiner Rede „Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus" thematisierte und den Beitritt des VDK-Bayern zum „Bayerischen Bündnis für Toleranz, gegen Rechtsextremismus" verkündete.

Für die Neonazis ein Höhepunkt des „BRD-Schulkults". Weidinger „entfremdete damit schamlos den Charakter der Veranstaltung, indem er seine Abneigungen gegen volkstreue Deutsche offen in den Mittelpunkt der Ansprache stellte", so die „Freien Nationalisten" in ihrem Aufruf. Die Münchner Neonazis fordern den VDK nun auf, seine jährliche Kranzniederlegung beim Kreisverwaltungsreferat abzumelden, da dieser „versammlungstechnisch eine Übernahme dieser Aufgabe durch die standhafte und nationalbewusste Jugend blockiere".

„Wir finden es unerträglich wie hier Täter zu Opfern gemacht werden und nationalsozialistische Ideologie mit Trommeln und Fahnen gefeiert werden soll", so Uli Schumann von a.i.d.a. zum geplanten neonazistischen Heldengedenkmarsch. „Es ist unser aller Verantwortung vor der Geschichte gerade in München alles zu tun, um ein solches Gedenken zu verhindern, alles zu tun, um eine solche Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus unmöglich zu machen."

a.i.d.a.-Pressemitteilung vom 7. Oktober 2008 ■

Internet: www.aida-archiv.de

→ als Querfrontversuch mit einer Nähe zu den Neuen Rechten:[17] „Eine gewisse Renaissance erlebt die Querfront-Strategie auch in Kreisen, die anarchistische und rechtsextremistische Ansätze zusammenführen möchten und sich daher als ‚nationalanarchistisch' verstehen."

Fazit

Die entscheidende Figur des deutschen Nationalanarchismus ist der Berliner Peter Töpfer, der seit 1999 eine Internetseite über den Nationalanarchismus betreibt. Töpfer unterhält intensive Beziehungen zur rechtsextremen Szene. Im 19. Jahrhundert sind Anarchismus und Nationalismus als sich gegenseitig ausschließende Ideologien entstanden. Deshalb ist der Begriff Nationalanarchismus ideologisch abzulehnen. Nationalanarchismus ist als ein Versuch einer rechtsextremen Querfront-Strategie zu deuten.

Michael Lausberg ■

Anmerkungen

1 http://www.nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/NA-International
2 Ebd.
3 http://www. nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/Auto12/manifest
4 Hier begeht Töpfer einen strategischen Fehler, denn wenn ein Staat existiert, übt er auch in Form von Gesetzen oder Repressionsorganen Herrschaft aus.
5 http://www. nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/Auto12/manifest
6 Hoffmann, K.: Das Rechts-Links-Kontinuum – Eine Theorie zur Strukturierung des politischen Raums, Berlin 2007, S. 81
7 http://www.nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/NA-International
8 http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalanarchismus, S. 1
9 Jungle World vom 10.3.1999
10 Töpfer, P.: Nationale Anarchie. Texte 1997-2000, Berlin 2004
11 Die Welt vom 16.2.2007
12 http://www.wno.org/newpages/his32.html
13 Deutsche Stimme vom 7/2005
14 Frei, B.: Die anarchistische Utopie, Frankf./M. 1971, S. 11
15 Johnston, O.W.: Der deutsche Nationalmythos, Stuttgart 1990, S. 23
16 http://www.verfassungsschutz. Brandenburg.de/sixcms/media.php./4055/2002_aktuelle-fassung.pdf, S. 29
17 Pfeiffer, T.: Die Neue Rechte in Deutschland, Düsseldorf 2003, S. 66

Literatur

Die Welt vom 16.2.2007
Deutsche Stimme vom 7/2005
Frei, B.: Die anarchistische Utopie, Frankfurt/Main 1971
Hoffmann, K.: Das Rechts-Links-Kontinuum – Eine Theorie zur Strukturierung des politischen Raums, Berlin 2007
Johnston, O.W.: Der deutsche Nationalmythos, Stuttgart 1990
Jungle World vom 10.3.1999
Pfeiffer, T.: Die Neue Rechte in Deutschland, Düsseldorf 2003
Töpfer, P.: Nationale Anarchie. Texte 1997-2000, Berlin 2004
http://www.nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/NA-International
http://www. nationalanarchismus.org/Nationalanarchismus/Auto12/manifest
http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalanarchismus
http://www.wno.org/newpages/his32.html
http://www.verfassungsschutz. Brandenburg.de/sixcms/media.php./4055/2002_aktuelle-fassung.pdf

Neonazis und Neofaschisten zum FPÖ-Erfolg

ÖSTERREICH. Wie nicht anders zu erwarten feiert die extreme Rechte die Stimmenzuwächse der FPÖ am 28. September.

Alessandra Mussolini von der neofaschistischen Alternativa Sociale äußerte laut der Tageszeitung Der Standard (1.10. 2008) Genugtuung über den „überwältigenden Erfolg" Heinz Christian Straches. Sein Triumph zeige, dass eine „wachsende Zahl von Wählern den Kampf für mehr Sicherheit und gegen die schleichende Überfremdung" wolle. Auch der ehemalige außerparlamentarische Militante Roberto Fiore von der neofaschistischen Forza Nuova feiert den „Triumph der radikalen Rechten" in Österreich.

Deutsche Neonazis gratulieren ebenfalls zum FPÖ-Wahlerfolg, etwa in Internet-Foren wie Thiazi: „Glückwunsch an die Kameraden in der Ostmark, dort scheint endlich Bewegung in die Sache zu kommen." Nicht ohne Neid stellt man fest, dass die FPÖ „nicht annähernd einer derartigen Repression ausgesetzt [ist] wie die NPD". In den Jubel mischt sich jedoch auch Zweifel, ob und in welchem Ausmaß die FPÖ eine „nationale" Partei sei. Während junge Militante die Strache-Partei mit Populismus- und Verratsvorwürfen überziehen, weisen ältere Semester auf die Sachzwänge in der „Ostmark" hin: Unter den Bedingungen des Verbotsgesetzes und angesichts der kritischen Blicke aus dem (EU-)Ausland würden die Freiheitlichen nicht so können wie sie wollen, heißt es auf Thiazi.

Auch auf der neonazistischen Site Stormfront (USA) jubelt man über die fast 18 Prozent für die FPÖ. Einer beschränkt sich auf ein markiges „Heil Österreich!", ein anderer beschwert sich, dass der Erfolg als „protest vote" relativiert werde und alle hoffen auf die nun angeblich nicht mehr aufzuhaltende Rückkehr des Nationalsozialismus.

Im Namen der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag gratulierte auch Holger Apfel der FPÖ zu ihrem Erfolg. In einer Presseaussendung (29.9.2008) wird dieser als „Mutmacher für alle Volkstreuen in ganz Europa" bezeichnet. Der Blick auf die „Alpenrepublik" lässt Apfel fast „ein wenig neidisch werden". Die Stimmen für die FPÖ seien ein „Paukenschlag gegen EU-Fremdbestimmung und Islamisierung sowie für nationale Souveränität und soziale Gerechtigkeit". Apfel behauptet in seiner Gratulation, dass „sich Österreich kaum noch vor der Flut illegaler Asylbewerber retten" könne und die Wahlen gezeigt hätten, dass „das Land seine Identität wahren und weder in einer ‚multikulturellen Gesellschaft' aufgehen noch als islamisches Kalifat enden will".

Neues von ganz rechts – Oktober 2008

www.doew.at ■

Auf dem Weg durch Europa für einen „Bund der Generationen"

Gedenken, konkrete Hilfe und gemeinsam gegen rassistische Gewalt

STRASBOURG/BERLIN. Der „Zug der Erinnerung" wird auf seiner kommenden Reise auch Stationen in den Nachbarländern anfahren, um der deportierten Kinder und Jugendlichen aus fast sämtlichen europäischen Ländern zu gedenken. Dies teilen die Initiatoren in einer aktuellen Pressemitteilung mit.

Vorbereitet werden Aufenthalte in mehreren Grenzregionen. Gebiete wie das französische Alsace (Elsass) wurden während des Zweiten Weltkriegs von deutschen Truppen besetzt und zu Orten von Menschheitsverbrechen gemacht. So starb im KZ Natzweiler (bei Strasbourg) der 17-jährige Frank Sachnowitz aus Larvik (Norwegen), dem im „Zug der Erinnerung" an besonderer Stelle gedacht wird. Nach den bisherigen Planungen wird der Hauptteil der kommenden Fahrt über das west- und süddeutsche Schienennetz führen.

Um den letzten Überlebenden praktische Unterstützung zukommen zu lassen, will der „Zug der Erinnerung" jetzt mehrere Hilfsprojekte anstoßen. Sie sollen u.a. polnischen Opfern zugute kommen. Bei einer „Kinderaktion" wurden in Polen über 30.000 Minderjährige verschleppt. Mehrere Tausend Menschen aus anderen europäischen Staaten leben in hohem Alter in Israel. „Neben materiellen Sorgen plagen sie psychische Spätfolgen, die den 'Reichsbahn' -Deportationen und der Gefangenschaft in den Lagern zuzuschreiben sind", heißt es in der aktuellen Pressemitteilung. Über die Hilfsprojekte sollen lokale Initiativen an den kommenden Stationen des Zugaufenthalts entscheiden.

Dort wird es auch zu Begegnungen mit Überlebenden und „zu einer wechselseitigen Entlastung" kommen: „Für die Überlebenden, weil sie die Erinnerung an Jüngere weiter geben und bei ihnen bewahrt wissen können; für die Jüngeren, weil der Zuspruch der Opfer befreiend sein kann, um Gefühle von Schuld und abstrakter Verpflichtung durch praktische Aufgaben zu ersetzen", heißt es in einem neuen Arbeitsprogramm für den „Zug der Erinnerung". Die Initiatoren rufen dazu auf, „zwischen den Nachkommen der NS-Zeit und den überlebenden Opfern einen 'Bund der Generationen' zu schließen". Das erste Treffen ist bereits in Vorbereitung. Dabei wird es auch um lokale Antworten auf die zunehmenden Bedrohungen durch rassistische Gewalt gehen.

Fahrplan

Zwischen November 2007 und Mai 2008 hat der „Zug der Erinnerung" 70 Stationen in Deutschland und Polen angefahren. Das ist ein geringer Teil der Strecke, auf der die „Reichsbahn" mehrere Millionen Menschen deportierte.

Ermutigt durch Tausende Spender und viele Anfragen aus Städten in Deutschland und dem benachbarten Ausland wird der Zug das Gedenken nun fortsetzen. In der Regel hält er mindestens 3 Tage und zeigt seine Ausstellung auf dem größten Bahnhof einer Stadt oder Region.

www.arbeiterfotografie.com

Im neuen Fahrplan können Termine für folgende Zeiträume reserviert werden: Januar 2009 - Mai 2009

September 2009 - Dezember 2009

Finanzierung

Der „Zug der Erinnerung" wird von einer privaten Bürgerinitiative getragen. Die Fahrt verursacht hohe Kosten. So verlangt die Deutsche Bahn AG rund 3,50 Euro pro Schienenkilometer. Zusätzlich berechnet die Deutsche Bahn AG für das Gedenken auf den Bahnhöfen 45 Euro pro Stunde. Mindestens 50 Euro müssen wir für die Nachtabstellung der Wagen an die Deutsche Bahn AG zahlen. Diese und weitere Kosten (Ausstellung, pädagogische Zugbegleitung, Lok und Logistik) summieren sich im Durchschnitt auf mindestens 4 Tausend Euro pro Tag und Halt.

Die Initiative ist bemüht, die Hälfte der Kosten aus zentralen Mitteln zu begleichen. In den Orten soll geprüft werden, ob es gelingen kann, den restlichen Betrag (mindestens 2 Tausend Euro pro Tag) aufzubringen. Die finanziellen Herausforderungen können im Vorfeld gemeinsam beraten werden.

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Eine politische Karriere geht (zum letzten Mal?) zu Ende:

Der frühere Rechtsaußenpolitiker und Faschokollaborateur Charles Millon scheitert bei französischen Senatswahlen

Er hatte längst als politisch tot gegolten, danach ein Come-back und dann noch mal eine politische Wiederauferstehung versucht. Nun scheint er endgültig „politisch gestorben" und reif fürs Altenteil zu sein: Der frühere französische Verteidigungsminister, Regionalpräsident von Lyon und – in dieser Eigenschaft – Bündnispartner des rechtsextremen Front National (FN) sowie Gründer einer eigenen Rechtsaußenpartei, Charles Millon, fiel jüngst bei den französischen Senatswahlen durch. Am 21. September 2008 landete er auf der fünften Position im Département Ain (in der Region Rhône-Alpes, deren Hauptstadt Lyon ist). Es waren dort aber nur drei Sitze zu vergeben. Aus und vorbei, seine politische Karriere? Hoffentlich.

„Atombomben-Minister gründet Rechtspartei"

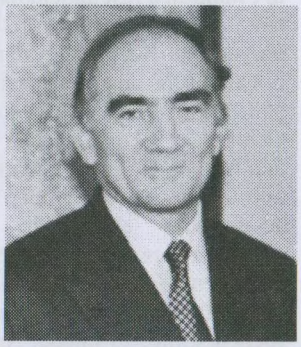
Doch der Reihe nach. 1995 und '96 zeichnete Charles Millon, damals Politiker des christdemokratisch-liberalen Parteienbündnisses UDF, als Verteidigungsminister für die Durchführung der französischen A-Bomben-Tests im Südpazifik (die der frisch gewählte Präsident Chirac angeordnet hatte) verantwortlich. Bei der Neuwahl der französischen Regionalparlamente im März 1998 zählte Charles Millon zu jenen 5 Regionalpräsidenten, die es akzeptierten, eine – unerklärte – Allianz mit dem FN in Gestalt eines Stimmbündnisses bei der Präsidentenwahl einzugehen. Daraufhin wurde Millon aus der UDF ausgeschlossen. Anstatt sich zerknirscht zu geben, wählte er jedoch die Flucht nach vorne, wobei er von allen betroffenen Protagonisten einer (nicht explizit ausgerufenen) Rechts-Rechtsaußen-Allianz am weitesten ging. Kurz darauf gründete Millon, noch 1998, eine neue eigene Rechts(außen)partei unter dem Namen ‚La Droite' – kurz & bündig: „Die Rechte" –, später umgewandelt in Droite Libérale Chrétienne (DLC, Wirtschaftsliberale und christliche Rechte)..

Doch das Parteigründungsprojekt scheiterte grandios. Und im Januar 1999 kippte ein neues Stimmbündnis aus UDF und Linksparteien im Regionalparlament den Lyoner Präsidenten Millon, obwohl eine Mehrheit in den Reihen der konservativ-liberalen Rechten ihm treu blieb. (Vgl. http://www.antifaschistische-nachrichten.de/1999/02/006.shtml) Nur auf lokaler Ebene behielt Charles Millon einen nicht unerheblichen Einfluss bei: in Lyon, wo seine Anhänger bei der Kommunalwahl 2001 mit 23 % der Stimmen nur knapp hinter der „offiziellen" Liste der Konservativ-Liberalen (23,5 %) landeten. Am Ende fusionierten beide Listen für die Stichwahl miteinander, unterlagen jedoch gegenüber jener des Sozialdemokraten Gérard Collomb, der Bürgermeister von Lyon wurde und noch immer als solcher amtiert.

Daraufhin begann für Charles Millon seine politische Auszeit ‚respektive „Durststrecke". In der aktiven Politik stellte er nicht mehr viel dar. Dennoch wurde er durch die Pariser Staatsmacht auf den (nicht unlukrativen) Posten eines französischen Botschafters bei der Welternährungsorganisation – FAO – mit Sitz in Rom, den er von September 2003 bis September 2007 bekleidete, „weggelobt".

Nun versuchte er noch einmal seine Rückkehr auf die politische Bühne. Am 20. Juni dieses Jahres behauptete Millon (der nicht selbst der 2002 gegründeten, nunmehrigen konservativen Einheits- und Regierungspartei UMP) angehört, er habe die Unterstützung der UMP als Kandidat für die kommende Senatswahl erhalten. Es hat Tradition, dass die UMP – wie ihre Vorgängerparteien, RPR und UDF – auch Bewerber der ‚Divers Droite' (also nicht parteigebundene, oder schwächeren bürgerlichen Kräften angehörende Bewerber) als Kandidaten nominiert. Aber im Falle Charles Millon kam nach wenigen Stunden schon das Dementi aus der UMP-Zentrale: Nein, man habe ihn nicht nominiert. Aber am 30. August war es dann soweit: Bei einem regionalen Kongress/Parteitag zur Kandidatennominierung wurde Millon dann doch aufgestellt. Er hatte nun also die offizielle Unterstützung der UMP. Eine örtliche Zeitung verkündete sogar, noch kurz vor der jüngst stattgefundenen Senatswahl: „Charles Millon und die UMP begraben zehn Jahre alte Querelen" (vgl. http://www.ladepeche.fr/article/2008/09/19/476794-Ain-l-UMP-et-Millon-enterrent-une-brouille-de-10-ans.html).

Mehrere örtliche Politiker protestierten allerdings mehr oder minder heftig dagegen; ein Bürgermeister (Christian Bussy, Rathauschef von Meximieux) gab sogar sein Parteibuch an die UMP zurück und erhielt seine Senatskandidatur dennoch – gegen jene aus der früheren eigenen Partei – aufrecht. Einen anderen bürgerlichen Kandidaten (Jean Chabry, parteilos und erklärtermaßen Millon-feindlich) behielt die UMP selber bis in die Stichwahl hinein im Rennen, obwohl es die Chancen Charles Millons dort noch zusätzlich schmälerte. Auch innerhalb des bürgerlichen Lagers kam es also zur Bildung einer teilweisen „Anti-Millon-Front", was zu einer Zersplitterung der Kandidaten-Landschaft auf der bürgerlichen Rechten führte. Während der sozialdemokratische Regionalpolitiker (und Ex-Minister) Jean-Jacques Queyranne unterdessen alle Demokraten dazu aufrief, „Charles Millon den Weg zu versperren" (vgl. http://www.lyoncapitale.fr/index.php?menu=02&article=6265). Nun fand die Wahl zum französischen Senat am 21. September statt. Rund ein Drittel der zur Zeit 343 Sitze im „Oberhaus" des Pariser Parlaments wurden neu besetzt.



Charles Millon

Die Senatorenposten werden nicht vom Wahlvolk aufgefüllt, sondern ihre künftigen Inhaber werden durch Wahlmänner und -frauen bestellt. Dadurch soll gewährleistet werden, dass der Senat insbesondere die Interessen der „Gebietskörperschaften" vertritt, denn diese ‚Grands Electeurs' werden etwa durch die Kommunalparlamente bestimmt. Über 90 Prozent von ihnen vertreten ländliche Kommunen, so dass eine konservative Mehrheit fast stets gewährleistet bleibt, auch wenn ein Gutteil der Wahlfrauen/-männer (insbesondere aus kleineren Kommunen) nicht direkt parteigebunden sind. In diesem Jahr allerdings gingen circa 25 Sitze an die sozialdemokratisch geführte Parlamentsopposition über.

Obwohl die Rechte ihre Mehrheit im Senatspalast nicht einbüßte, gilt ihr Gesamtergebnis als Niederlage. Dasselbe trifft auf die Region Rhône-Alpes zu: Dort gingen in diesem Jahr 7 von 8 Sitzen an die parlamentarische Linke. Charles Millon rauschte in der Stichwahl mit Pauken und Trompeten durch. Bereits nach dem ersten Wahlgang (bei 580 Stimmen für Ch. Millon, während das konservative Lager insgesamt über 1.100 Wahlleute verfügte) hatte seine Position als vielleicht nicht aussichtslos, aber sehr schwierig gegolten.

Nunmehr dürfte der bald 63-Jährige also endgültig in politische Rente gehen. Auch auf örtlicher Ebene in Lyon hat er inzwischen nicht mehr viel an den Hacken: Bei den letzten Kommunalwahlen im März 2008 hatten seine ihm verbliebenen Anhänger schon im ersten Wahlgang die „offizielle" konservative Liste von Ex-Justizminister Dominique Perben unterstützt. Doch ihre „Hilfe" sorgte dafür, dass die „moderaten" Mitte-Rechts-Wähler/innen flohen, die UMP-Liste haushoch verlor und der (rechte) Sozialdemokrat Collomb wiedergewählt wurde. Nun ist der Millon-Zirkus also wohl vorüber.

Bernhard Schmid, Paris ■

Auch nach dem politischen Ableben des Charles Million:

Dunkelgrauzone zwischen Konservativen und Rechtsextremen besteht fort

Zwar scheint derzeit eine Allianz aus FN und bürgerlichen Rechtskräften, die in den 80er Jahren noch auf regionaler Ebene (und insbesondere in den Regionalparlamenten von Marseille und Montpellier) gängig war, in Frankreich fast undenkbar. Zu weit haben sich beide, die wirtschaftsliberale bürgerliche Rechte und der FN (als nationalistische und rassistische „Anti-Globalisierungspartei", die auch auf dem Gebiet der ökonomischen Entwicklungen behauptet, eine Fundamentalopposition darstellen zu wollen), momentan auseinander entwickelt. Abzuwarten wäre, ob dies auch in zugespitzten Krisenzeiten, falls das bestehende Wirtschaftssystem nach autoritären Lösungen suchen sollte, so bliebe. Augenblicklich ist jedenfalls auf Ebene der Parteispitzen – der konservativ-liberalen UMP einerseits, des FN andererseits – an ein Bündnis oder gar eine Koalition kaum zu denken. Und doch, und doch ...?!

Und doch findet sich, aus mehr oder minder zufällig gewähltem Anlass ein Spektrum von Persönlichkeiten und prominenten politischen Figuren zusammen, das zusammen eine höchst finstere „Grauzone" formiert. Lesen wir dazu folgende Kostprobe aus dem, seinerseits zwischen Konservativen und Rechtsextremen angesiedelten, Wochenmagazin ‚Valeurs actuelles' vom 11.9.2008:

„Im (Pariser) Invalidendom am Vormittag des Donnerstag, 4. September. Auf Einladung der Gattin des Verstorbenen wohnt Jean-Marie Le Pen, mit dem Anlass angemessener schwarzer Krawatte, der Beerdigung von Alain Griotteray bei – des früheren Mitbegründers der UDF (Anm.: liberal-konservatives Parteienbündnis in den Jahren 1975 bis 2002), der in den achtziger Jahren einer der heißesten Befürworter von Bündnissen mit dem FN war. Es ist die Gelegenheit für den fünffachen Präsidentschaftskandidaten (Anm.: Jean-Marie Le Pen), den Weg einiger Persönlichkeiten der gemäßigten Rechten zu kreuzen. Etwa den von Alain Madelin, mit dem er lange diskutiert, oder Philippe de Villiers, dem er zuruft: ‚Sie sind ja knapp entwischt!', nachdem am 29. August ein Teil der Decke des Europäischen Parlaments über den Bänken von de Villiers' (Anm.: national-konservativer und EU-skeptischer) Fraktion eingestürzt war.

Gérard Longuet ist ebenfalls da, und nachdem er mit Marine Le Pen – zu deren Wahl bei den letzten Kommunalwahlen der verstorbene Griotteray aufgerufen hatte (Anm.: in Wirklichkeit war es bei ihrer Kandidatur zur Parlamentswahl 2007, vgl. dazu http://www.trend.infopartisan.net/trd7807/t097807.html – Küsschen auf die Wange ausgetauscht hat, gibt er ihr folgende Nachricht mit auf den Weg: ‚Sag Deinem Vater, dass ich ihn sehr mag!' Es fehlt nicht viel, so stellen die Augen- und Ohrenzeugen – unter ihnen (Anm.: Justizministerin) Rachida Dati – fest, dass man sich in die Glanzzeiten des Front National zurückversetzt fühlt, damals, als der FN, strategischer Alptraum der bürgerlichen Parteiführungen, hinter den Kulissen von zahlreichen konservativen Führungsfiguren umworben wurde."

Soweit das Zitat. Nun noch kurz zur Erklärung: Alain Madelin (62) war u.a. im Jahr 1995 kurzzeitig Wirtschaftsminister unter Jacques Chirac, mit dem er sich dann jedoch binnen weniger Monate überwarf. Der marktradikale, wirtschaftsliberale Flügelmann (und ehemals bekennende Thatcherist) nimmt in wirtschafts- und innenpolitischer Hinsicht eine sehr entfernt ähnliche Stellung zu jener von Guido Westerwelle in Deutschland ein. Nur, mit zwei wichtigen Unterschieden: Westerwelle war in seiner Jugend oder Studentenzeit nicht in einer rechtsradikalen Schlägertruppe organisiert, im Gegensatz zu Alain Madelin, der in den späten 60er Jahren der gewalttätigen rechten Studentenorganisation ‚Occident' angehörte. Und Westerwelle sprach sich auch nicht in jüngerer Zeit für Bündnisse mit parteiförmigen rechtsextremen Kräften aus. Im Gegensatz zu Alain Madelin, der sich im Frühjahr 1998 – verhalten, aber unverkennbar – für die bürgerlichen Protagonisten von Bündnissen mit dem FN in mehreren Regionalparlamenten (wie Charles Millon) stark machte.

Madelin spielt im Augenblick allerdings keine wichtige politische Rolle mehr, seitdem er mit seiner Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2002 – damals trat die bürgerliche Rechte zersplittert an – nur knappe 4 Prozent der Stimmen erhielt. Er ist aktuell hauptberuflich im Bereich der Finanzdienstleistungen sowie des Internet tätig. Dennoch ist er nicht im politischen Ruhestand, sondern versucht wirtschaftsliberale Kräfte am Rande der Regierungspartei UMP zu stärken.

Der ebenfalls 62-jährige Gérard Longuet, der frühere bürgerliche Regionalpräsident von Lothringen (Lorraine), ist heute Mitglied des Senats, also des parlamentarischen „Oberhauses". Er ist zugleich Vizevorsitzender des wirtschaftsliberalen Hardlinerflügels der UMP, der im Club ‚Les Réformateurs' zusammengeschlossen ist. Er war wie Alain Madelin früheres Mitglied der rechtsradikalen Schlägertruppe Occident in den 60er Jahren. Zu ihrer Zeit spielte die, heute auf der extremen Rechten dominierende, „Einwanderungsfrage" allerdings noch keine bedeutende Rolle bei der politischen Agitation. Damals standen die Themen(felder) Antikommunismus, „Sieg in den Kolonialkriegen" Frankreichs und des Westens/Abendlandes und das Trommeln für den Sieg der USA im Vietnamkrieg, sowie die Unterstützung für pro-westliche Militärdiktaturen wie ab 1967 in Griechenland stark im Vordergrund.

Der national-konservative Graf Philippe de Villiers (59 J.) zählt wiederum zu einem anderen Flügel innerhalb des bürgerlichen Lagers (oder an dessen rechtem Rand), nämlich dem der national-konservativen und wirtschaftsliberalen Rechten. Eher wirtschaftsliberal im Sinne von „nationalliberal" ausgerichtet, kultiviert er zugleich einen weniger positiven Bezug zur wirtschaftlichen „Globalisierung", zum Freihandel und zum freien Spiel der Märkte als Madelin & Co. Zur Zeit wird er, auf dem national-konservativen Flügel, in den derzeitigen parlamentarischen, Mehrheitsblock rund um die UMP re-integriert.

Bernhard Schmid, Paris ■

Gedenkspaziergang anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht

Die Jugendgeschichtswerkstatt Münster veranstaltet am Sonntag, den 9. November 2008 anlässlich des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 einen Gedenkspaziergang zu verschiedenen Stationen der Judenverfolgung in Münster. **Beginn ist um 15.00 Uhr am Rathaus, Prinzipalmarkt, Münster.**
Der Gedenkspaziergang soll zum einen an die antisemitische Ausgrenzung und Entrechtung während des Nationalsozialismus am Beispiel Münsters erinnern. „Nicht zuletzt ergibt sich für uns aus der Erinnerung an die furchtbaren Ereignisse der Nazizeit die Notwendigkeit, heutigen Formen antisemitischen und rassistischen Denkens und Handelns aktiv entgegenzutreten.", so Irena Pietrzyk, Sprecherin der Jugendgeschichtswerkstatt. „Dazu will unser Gedenkspaziergang einen Beitrag leisten."

Rückfragen unter
jugendgeschichtswerkstatt@web.de
http://www.geschichtswerkstatt-muenster.net

Wer häufig visumpflichtige Ausländer einlädt, fällt künftig auf

BERLIN. Laut einem Eckpunktepapier des Koalitionsausschusses ist geplant, zwei neue Datenbestände aufzubauen, die der Bearbeitung von Visa-Anträgen dienlich sein sollen. In einer sogenannten „Einlader-Datei" sollen alle Personen und Organisationen erfasst werden, die für einen visumpflichtigen Ausländer bürgen. Hinzu kommt eine „Warndatei", in der Personen erfasst werden, die einmal als Schleuser aufgefallen sind. Beide Dateien werden seit Langem von der CDU gefordert", nun soll auch Justizministerin Zypries (SPD) zugestimmt haben.

Bereits im August 2008 hatte Ulla Jelpke zu diesen Plänen eine Pressemitteilung herausgegeben. Darin heißt es:

„Mit dieser Datei wird ohne Not eine weitere Datensammlung über unbescholtene Bürgerinnen und Bürger angelegt."

„Wie weit sind denn der Rechtsstaat und der Datenschutz degeneriert, wenn es heute schon ausreicht, einfach nur einen Ausländer einzuladen, um bereits die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich zu ziehen und gespeichert zu werden? Eine solche Schwarze Liste der „Ausländerfreunde" atmet eindeutig rassistischen Geist.

Um einige Schleuser aufzudecken, will die Bundesregierung dem überwiegenden Teil der Menschheit mit Generalverdacht und Misstrauen begegnen. Die SPD macht gleich den nächsten Schritt und erklärt sich bereit, auch die Sicherheitsbehörden in die „Warndatei" einsehen zu lassen.

Wir brauchen keine Visa-Warndatei - wir brauchen höchstens eine Datei, die vor rassistischen Politikern warnt."

Fraktion Die Linke im Bundestag
Ulla Jelpke ■

Flüchtlinge aus der Türkei unter Druck

BERLIN. Das Kerngeschäft des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ist es, über die Gewährung von Asyl- und Flüchtlingsschutz zu entscheiden – allerdings nicht in diesem Jahr. Stattdessen wird in einer Großaktion bis zum Jahresende in über 40.000 Fällen geprüft, ob ein früher einmal gewährter Flüchtlingsstatus zu widerrufen ist. Was das Bundesamt lahm zu legen droht, ist eine Folge des Zuwanderungsgesetzes. Dieses schreibt eine Regelüberprüfung bei allen anerkannten Flüchtlingen nach drei Jahren vor. Nur wenn die Voraussetzungen für ihre Anerkennung weiter existieren, ist eine Verfestigung des Aufenthaltsstatus möglich. Die Zahl der Entscheidungen über Widerrufsverfahren stieg von 8.615 im Jahr 2006 auf 13.784 im Jahr 2007. Im ersten Halbjahr 2008 wurden bereits 19.733 Prüfverfahren durchgeführt.

Im Visier hat das Bundesamt ganz besonders türkische Flüchtlinge, unter ihnen die meisten Kurden. Überproportional oft wird hier behauptet, sie seien nicht mehr gefährdet. Während im Durchschnitt aller entschiedenen Verfahren beim Bundesamt nur in 17 Prozent der Fälle ein Widerruf erfolgt (1. Halbjahr 2008) wurde bei türkischen Staatsangehörigen in 64 Prozent der Asylstatus widerrufen. Die Zahlen aus den Vorjahren sind noch extremer (2007: 84 Prozent Widerrufe, 2006: 97 Prozent Widerrufe in Türkeifällen).

Die meisten der betroffenen Flüchtlinge gehen dann vor Gericht. Dort haben sie überwiegend Erfolg. Eine Auswertung von neunzig Entscheidungen ergibt: Die Verwaltungsgerichte gehen fast immer davon aus, dass die Flüchtlinge im Fall der Rückkehr weiterhin gefährdet sind, verfolgt zu werden. Trotz eines Reformprozesses in der Türkei kämen Folter und Willkür immer noch häufig vor. Zum Teil stellen die Gerichte sogar fest, dass sich die Menschenrechtslage in der Türkei zuletzt wieder drastisch verschlechtert hat.

Unbeeindruckt trotz permanenter Niederlagen vor Gericht setzt das Bundesamt die Massenwiderrufe fort. Über den Betroffenen schwebt bis zur Entscheidung der Gerichte ein Damoklesschwert. Dass bei anderen Herkunftsstaaten wesentlich zurückhaltender widerrufen wird, deutet auf eine politisch motivierte Weisung des Bundesinnenministeriums bezüglich der Türkei-Verfahren hin. Es scheint Auftrag des Bundesamtes zu sein, die Verhältnisse in der Türkei so lange wie möglich schön zu reden. Hinzu kommt, dass es sich bei vielen der von Widerrufen Betroffenen um politisch aktive Kurden handelt. Doch gerade bei denen sehen die Verwaltungsgerichte eine besondere Verfolgungsgefahr – bis heute.

PRO ASYL fordert den Bundesinnenminister auf, die Widerrufsmaschinerie gegen die Opfer der politischen Verfolgung in der Türkei sofort zu stoppen.

gez. Bernd Mesovic Referent
Quelle: Presseerklärung Pro Asyl
2. Oktober 2008 ■

Flüchtlinge aufnehmen: Kampagne Save-me

STUTTGART. Unbeeindruckt von der Not der 4 Millionen irakischen Flüchtlinge, beschließt die Konferenz der europäischen Justiz- und Innenminister am 25./26.9., das Thema Aufnahme von Flüchtlingen zu vertagen. In den völlig überfüllten Flüchtlingslagern der Nachbarstaaten des Irak leben die Flüchtlinge unter schlimmsten Bedingungen, so dass sogar der UNHCR nicht wirksam helfen kann. Vor den Küsten der Europäischen Union sterben täglich Menschen, die verzweifelt versucht haben, in Europa Schutz vor Verfolgung zu finden. Aber die Politiker schieben das Problem zur weiteren Prüfung auf die lange Bank.

Man fühlt sich an die Konferenz von Evian 1938 erinnert, bei der die vertretenen Staaten nicht bereit waren, ihre Aufnahmebedingungen zu lockern und eine humanitäre Lösung für die Verfolgten des NS-Regimes zu finden. Als Reaktion auf das millionenfache Flüchtlingsleid, das die nationalsozialistische Diktatur und der Krieg über ganz Europa gebracht hatten, kam es in den Nachkriegsjahren zu Bemühungen, die Flüchtlingsrechte auf internationaler Ebene zu schützen, u. a. durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die in diesem Jahr 60 Jahre alt wird. Europa wird dieser humanitären Verpflichtung nicht mehr gerecht. Die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg sind in Vergessenheit geraten.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg protestiert zusammen mit anderen Flüchtlingsorganisationen gegen diesen eklatanten Verrat an den Zufluchtsuchenden und den Konventionen und Gesetzen zum Flüchtlingsschutz. Damit der Protest nicht nur verbal bleibt, hat der Flüchtlingsrat sich einer Kampagne angeschlossen, die in München begonnen hat und von Pro Asyl koordiniert wird: der Save-me-Kampagne. Sie will dafür sorgen, dass Menschen aus den Flüchtlingslagern nach Deutschland geholt und in Deutschland unbürokratisch und dauerhaft aufgenommen werden.

Bereits drei Städte in Baden-Württemberg haben nach dem Münchner Vorbild die Kampagnen anlässlich des Tages des Flüchtlings am 3. Oktober eröffnet: Heidelberg, Reutlingen und Tübingen. Ab sofort kann sich jeder auf der Website www.save-me-kampagne.de über die Kampagne informieren, und die Einwohner der genannten Städte können Paten für einen Flüchtling werden. Mit dieser Patenschaft bekunden sie ihre Unterstützung für die Kampagne und ihre Bereitschaft für die Aufnahme von Flüchtlingen in ihrer Stadt. Wenn schließlich Flüchtlinge kommen dürfen, helfen sie diesen bei ersten Schritten in die neue Gesellschaft.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ■

Bayerische FDP fordert Abschaffung der Flüchtlingslager in Bayern

MÜNCHEN. Bereits im Vorfeld der Wahl des Bayerischen Landtags gab die FDP ihre Position zu den Flüchtlingslagern in Bayern bekannt. In ihrer Antwort auf die Wahlprüfsteine des Bayerischen Flüchtlingsrats erklärte die Landesvorsitzende der FDP, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Eine menschenwürdige Unterbringung der betroffenen Personen ist aus unserer Sicht unabdingbar. Wir werden daher die praktische Umsetzung des Aufnahmegesetzes bzw. dessen Notwendigkeit generell besonders kritisch beleuchten und entsprechende Initiativen in den bayerischen Landtag einbringen."

Nachdem nun die CSU einstimmig den Weg zu Koalitionsverhandlungen mit der FDP freigemacht hat, hält die bayerische Landesvorsitzende Wort. Eine der Hauptforderungen der FDP ist die Abschaffung der „Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber" in Bayern.

Der Bayerische Flüchtlingsrat begrüßt die Initiative der FDP, die unsere langjährige Forderung nach Abschaffung der Flüchtlingslager aufgreift. Die Lagerunterbringung stellt eine extreme psychische und physische Belastung für die betroffenen Flüchtlinge dar. „Wir hoffen sehr, dass die FDP diese Forderung nach Abschaffung der Flüchtlingslager durchsetzt und nicht als Verhandlungsmasse opfert", so Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

Die CSU argumentiert bislang, sie sei durch Bundesgesetze gezwungen, Flüchtlinge in Lagern unterzubringen. Doch dies ist so nicht richtig. Das Asylbewerberleistungsgesetz und das Asylverfahrensgesetz lassen hier Regelungsspielräume offen, die auch eine Unterbringung in Privatwohnungen ermöglichen. Hubert Heinhold, Rechtsanwalt mit langjähriger Erfahrung im Ausländer- und Asylrecht, erklärt: „Die rigide Lagerpolitik in Bayern ist keine zwangsläufige Folge der bundesgesetzlichen Regelungen. Sie resultiert nur aus der Abschreckungs- und Zermürbungspolitik der bisher allein regierenden CSU"

Dass eine Unterbringung von Flüchtlingen in Mietwohnungen möglich ist, zeigt z.B. das Leverkusener Modell. Dort werden alle Flüchtlinge für eine Übergangszeit in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht, bis sie eine eigene Wohnung gefunden haben. Wer einen Mietvertrag vorlegt, kann die Unterkunft verlassen.

Quelle: Bayerischer Flüchtlingsrat - flucht@nds-fluerat.org ■

Karawanebesuch im Isolationslager Katzhütte

KATZHÜTTE. Im Rahmen der mehrtägigen Zusammenkunft der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen anlässlich unseres zehnjährigen Bestehens und des anhaltenden Kampfes für die Schließung aller Isolationslager in Thüringen wurden am Freitag, 3. Oktober 2008 die Lager in Katzhütte, Gehlberg und Apolda (Strobaer Str) besucht.

Die Lage der Flüchtlinge in Katzhütte hat sich seit den Protesten und entgegen allen Verlautbarungen des Landratsamtes nicht geändert. Die durchgeführten Reparaturen an einigen Gebäuden zeigen lediglich den Willen der Landrätin, das erbärmliche Lager zu erhalten, um weiterhin Menschen unter den psychisch und pysisch krankmachenden Bedingungen dort zu kasernieren. Die Flüchtlinge werden zum Opfer der Geschäftsinteressen und des Rassismus, der in die Betreibung des Lagers involvierten Parteien. Das Lager ist kein Wohnort für Menschen, wurde bei dem jüngsten Besuch erneut festgestellt.

Wieviel Makulatur auf die marode Substanz auch aufgetragen wird, es kann keine menschenwürdige Behausung bieten. Es leben auch immer noch Kinder in dem Lager. Sie leben dort unter einer massiven psychischen Dauerbelastung, die eine normale Entwicklung nicht zulässt. Die Mütter haben keine Möglichkeit, ihre Kinder zu schützen. Der einzige Schutz ist die Schließung des Lagers und das Leben in normalen Wohnung. Während einige Familien vor dem Hintergrund der Proteste umverteilt wurden und nun in Wohnungen leben, müssen andere, die aktiv an den Protesten beteiligt waren, weiter dort leben.

Neben den Familien sind besonders die kranken und alten Menschen im Lager in verzweifelter Situation. Mit den Ausführungen in Katzhütte gäbe es „eine komplette Infrastruktur vom Bahnanschluss über Arzt bis Kindergarten und Grundschule", „was in jeder Hinsicht der Wohn- und Lebensqualität unserer Mitbürger" entspricht" (otz 05/10/08) entblößt Landrätin Marion Philipp ihre Unfähigkeit zu gesellschaftlicher Verantwortung. Die Menschen leiden weiter unter der Isolation in den Baracken am Waldrand des kleinen Baches in einem Dörflein, deren Menschen die Menschen im Lager nicht wollen. Nur einige wollen das Lager, weil sie damit ihr schales Brot verdienen. So haben wir bei unserem Besuch erfahren, dass in jüngster Zeit wieder mehr Menschen nach Katzhütte „verschoben werden".

Vor diesem Hintergrund und als erste Stellungnahme der 87-köpfigen Delegation von MenschenrechtsaktivistInnen, die am 3.10. Oktober die Flüchtlinge im Lager Katzhütte besuchten, fordern wir weiterhin die Schließung des Lagers und den Umzug der Menschen in normale Wohnungen.

Wir erwarten, dass erneute Bedrohungen und Abschiebeversuche gegen die Flüchtlinge des Lagers unterbleiben. Eine Entschuldigung gegenüber den Flüchtlingen für das bisher Erlittene von Seiten des Landratamtes muss ausgesprochen werden.

Am 7.10.2008 werden Mitglieder des Thüringer Petitionsausschusses eine Ortsbesichtigung des Lagers durchführen. Ahmed Al Huseini, The VOICE Refugee Forum, wird zusammen mit Flüchtlingen aus Katzhütte vor Ort sein.

Quelle: Pressemitteilung thevoiceforum.org ■

Petition des Roma-Treffens in Hannover vom 3.10.08: Aufenthaltsrecht für Roma-Flüchtlinge Jetzt!

HANNOVER. Das Roma-Treffen in Hannover am Freitag, 3.10.2008, dem Tag der Deutschen Einheit, dem „Tag des Flüchtlings" in der „Interkulturellen Woche 2008", hat sich mit einer Petition an die Konferenz der Senatoren und Minister des Inneren, die vom 19.11. - 21.11.2008 in Potsdam tagt, an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, an die Mitgliedstaaten der EU, deren Außenminister, das UNMIK-Sekretariat, die Regierung des Kosovo, die Regierung Serbiens und deren Vertretung im Kosovo gewandt. Darin heißt es:

Das Treffen in Hannover, organisiert von Romane Aglonipe und dem Verein der Rroma-Lehrer für Schulbildung und Kultur aus dem Kosovo, an dem Roma-Delegierte aus mehreren Bundesländern teilnahmen, fordert sowohl die Roma-Communities als auch Organisationen und Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa sowie die politisch Verantwortlichen auf, die Forderungen dieser Petition zu unterstützen und gemeinsam für die Rechte der Roma-Minderheit einzutreten.

Die Forderungen

1. Beenden Sie die Diskriminierung Tausender Roma-Familien als Menschen 2. Klasse in Deutschland und Westeuropa durch eine großzügige Aufenthalts-Regelung. Stoppen Sie die Planungen für eine Massenabschiebungen von Roma-Flüchtlingen in den Kosovo Anfang 2009!
2. Gewähren Sie den Roma-Flüchtlingen jetzt einen sicheren Status, die Unterstützung der Integrationspolitik wie bei anderen MigrantInnen auch und eine Chance, an der Entwicklung der Aufnahme-Gesellschaften mitzuwirken.

Der Hintergrund

Der 1. Roma-Kongress der Europäischen Komission (EC) hat am 16.9.2008 in Brüssel für die Roma in Europa das „Recht auf ein Leben ohne Diskriminierung" eingefordert. Die Konferenz betont „die Verantwortlichkeit der EU-Mitgliedsstaaten" für konkrete Schritte zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Roma. Die Lage im Kosovo ist nach der einseiti-

gen Erklärung der Unabhängigkeit vom 17.2.2008 äußerst prekär, der Schutz von Minderheiten und eine unabhängige Justiz existieren noch lange nicht. Die UN-Vollversammlung plant, die Anfrage an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag richten, ob diese Unabhängigkeit international akzeptiert werden kann. Daher gibt es zur Zeit von mehreren unabhängigen Menschenrechtsorganisationen ein klares Votum gegen eine zwangsweise Rückführung von Roma-Flüchtlingen in den Kosovo. Eine Abschiebung ist aus humanitären Gründen überhaupt nicht akzeptabel, besonders im Hinblick auf die hohen Risiken für Kranke, Alte und kleine Kinder.

Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl schätzen die Zahl der Roma aus dem Kosovo, die als Flüchtlinge ohne festen Status in den europäischen Nachbarländern leben, auf ca. 100.000, in Deutschland auf ca. 50.000 (20.2.2008). Viele Kinder und Jugendliche aus Roma-Familien haben hier die Schule besucht, sind hier groß geworden. Sie sind hier zuhause, nicht im Kosovo. Familien, die nicht selten seit Beginn der Balkankrise Anfang der 90er Jahre geduldet hier leben, haben sich integriert, soweit ihr Status ihnen das möglich machte. Die Bleiberechtsregelung stellt u.a. wegen ihrer restriktiven Bedingungen keine umfassende Lösung für diese langjährig geduldeten Roma in Deutschland dar. Deshalb muss ein Aufenthaltsrecht unabhängig von der Bleiberechtsregelung geschaffen werden.

Die Lebensbedingungen ohne Perspektive sind „im Europa des 21. Jahrhunderts inakzeptabel" (1. Roma-Kongress der EC). Die geduldeten Roma brauchen einen sicheren Aufenthalt. Im Einklang mit der Tagung „Roma-Kinder in Europa", die UNICEF und die Kinderkommission des Deutschen Bundestages am 5. März 2007 in Berlin abhielt, setzen wir uns besonders für die Ausbildungschancen der Roma-Kinder und -Jugendlichen ein. Die Erwachsenen-Generation braucht Maßnahmen zur beruflichen Integration, Bildung und Weiterbildung. Der Roma-Kongress der EC fordert, dass Roma Zugang zum Bildungssystem bekommen müssen und ihre Wohn- und Arbeitssituation verbessert werden soll. Viele Roma-Flüchtlinge, die kurz- und mittel-fristig keinen Hilfsjob finden können, sollten die Chance zu selbstständiger Berufstätigkeit erhalten. Damit könnten sie z.B. mit handwerklichen Tätigkeiten ein eigenes Einkommen erwirtschaften.

Pläne zur Massenabschiebung widersprechen der historischen Verantwortung, die Deutschland durch die Ermordung von 500.000 europäischen Sinti und Roma im Nationalsozialismus trägt. Die Roma-Flüchtlinge brauchen Schutz statt Ablehnung. Wir sind überzeugt, dass eine Kooperation der zuständigen Behörden der Bundesländer in Deutschland – und der zuständigen Behörden in den übrigen EU-Mitgliedstaaten – mit den Roma-Selbstorganisationen bei der Suche nach Lösungen für die Fragen der beruflichen und kulturellen Integration positive Ergebnisse erbringen wird.

Roma werden alles dafür tun, gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger Europas zu werden. Treten Sie mit uns dafür ein, dass die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Roma-Minderheit in Europa künftig nicht mehr nur auf dem Papier stehen!

Romane Aglonipe & Verein der Rroma-Lehrer für Schulbildung und Kultur aus dem Kosovo, 3.10.2008 ■

Innenminister startet Initiative zur Änderung des Ausweisungsrechts

HANNOVER. In einer Presseerklärung spricht sich Innenminister Schünemann für eine Verschärfung des Ausländerrechts, die er Vereinfachung nennt, aus. Hier Auszüge aus dem Text:

„Innenminister Uwe Schünemann hat eine Initiative zur Vereinfachung des Ausländerrechts angekündigt. Schünemann sagte am Montag in Hannover, die bestehenden komplizierten Ausweisungsvorschriften sollen gestrafft und praxistauglicher ausgestaltet werden, sowie den Anforderungen der Rechtsprechung angepasst werden. „Diese klaren Regelungen werden wieder zu mehr Ausweisungen von straffälligen Ausländern führen."

Das bisherige gesetzliche System sieht beim Ausweisungsrecht abgestufte Regelungen jeweils nach den Verfehlungen der Ausländerin oder des Ausländers vor. Zum Beispiel sieht das Gesetz eine zwingende Ausweisung bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren vor. Auch bei Verfehlungen unterhalb dieser Strafgrenze prüft die Ausländerbehörde eine Ausweisung. ... Darüber hinaus gibt es im Aufenthaltsgesetz einen besonderen Ausweisungsschutz zum Beispiel für Ausländerinnen oder Ausländer, die in Deutschland geboren sind oder die mit einem deutschen Ehegatten verheiratet sind. Mit dem Niedersächsischen Vorschlag soll ein vereinfachtes, für die Ausländerbehörden handhabbares Regelungswerk geschaffen werden. Zentrale Punkte des niedersächsischen Vorstoßes sind:

- Streichung der sogenannten zwingenden Ausweisung: Die meisten in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind von der Anwendung der Vorschriften zur zwingenden Ausweisung ohnehin ausgeschlossen (z. B. Unionsbürger, für die das Aufenthaltsgesetz gar nicht gilt), so dass diese Vorschriften gestrichen werden können.
- Ausweisung als Regelfall bei jeder Verurteilung ohne Bewährung: Dabei soll es keine Festlegung auf eine bestimmte Strafhöhe geben
- vereinfachte Regelungen beim so genannten besonderen Ausweisungsschutz.

Nach dem niedersächsischen Vorschlag bleiben künftig danach nur noch die Regelausweisung bei schwerwiegenderen Verstößen gegen die Rechtsordnung und die Ermessensausweisung übrig.

„Mit dem vorliegenden Entwurf werden die bisher durch die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmenbedingungen für Ausweisungsverfügungen im Gesetz abgebildet." Unsicherheiten über den Prüfungsumfang würden beseitigt und die Ausländerbehörden erhielten übersichtliche und praktikable Vorgaben für ihre Arbeit, so der Innenminister. „Ich werde den ausgearbeiteten Vorschlag für die Rechtsänderungen in der nächsten Innenministerkonferenz vorstellen, um meinen Kollegen aus den anderen Ländern die notwendigen Änderungen zu erläutern", sagte Schünemann."

Kai Weber vom Flüchtlingsrat Niedersachsen dazu: „Was der Vorschlag in der Praxis bedeuten könnte, wird aus der Presseerklärung (noch) nicht klar: Die Abschaffung der zwingenden Ausweisung ist grundsätzlich richtig und begrüßenswert.

Eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung führt schon jetzt zur (Regel-)Ausweisung. Eine Verurteilung zu einer Geldstrafe kann hier doch wohl nicht gemeint gewesen sein. Nebulös bleiben die Aussagen betreffend den besonderen Ausweisungsschutz, für den es "vereinfachte Regelungen" geben soll.

Wir werden uns den Gesetzesentwurf genauer ansehen müssen, um zu einer Bewertung zu kommen. Die Zielsetzung ist für den Innenminister jedenfalls klar: Die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sollen "wieder zu mehr Ausweisungen von straffälligen Ausländern führen".

Quelle: Presseinformation Nds. Ministerium für Inneres, Sport und Integration - flucht@nds-fluerat.org ■

Gegengipfel zur EU-Migrationspolitik in Paris und Montreuil am 17./18. Oktober:

Wichtige Signale gegen die „Festung Europa"

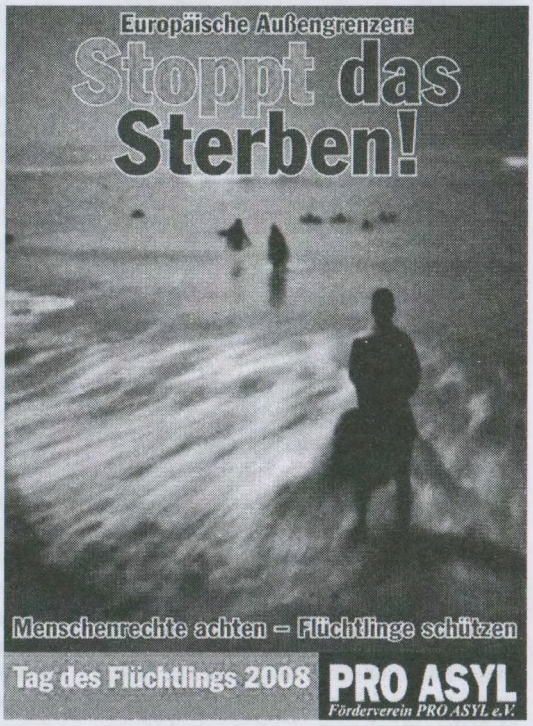
Ibrahima hat das Abschiebezentrum von Mesnil-Amelot, in der Nähe des Flughafens von Paris-Roissy (Charles de Gaulle), die mit Abstand größte Abschiebehaftanstalt im Raum Paris, von innen gesehen. Er erzählt: „Man kann sich das Leben dort nicht vorstellen, wenn man es nicht selbst von innen erlebt hat. Denn jenseits der technischen Dimensionen und der Tatsache, dass man zwecks Durchführung der Abschiebung – und ohne dass man irgendein Verbrechen begangen hätte – gefangen gehalten wird, gibt es einen starken psychologischen Faktor. Le Mesnil-Amelot hat etwas Einmaliges: Da es direkt in der Einflugschneise des Großflughafens liegt, sieht und hört man den ganzen Tag Flugzeuge abheben. Das hat eine ungeheuer zerstörende, zermürbende Auswirkung auf die Stimmung: Die individuelle Moral wird untergraben, man fühlt sich ganz so, als sei man bereits abgeschoben und sitze schon in seinem Herkunftsland. Es ist ganz so, als man ob man ein Krankenhaus direkt neben einem Friedhof errichten würde!"

Zwei Drittel der in der Abschiebehaftanstalt Einsitzenden werden real nicht ausgeflogen, sondern müssen nach Ablauf der zulässigen Höchstdauer des Abschiebegewahrsams freigelassen werden. Diese Höchstdauer beträgt derzeit in Frankreich 32 Tage, in Deutschland sind es bis zu 18 Monate. Zudem wird in vielen deutschen Bundesländern der Abschiebegewahrsam zwingend in einem „richtigen" Gefängnis verbracht, während in Frankreich die ‚Centres de rétention administrative' („Zentrum der Verwaltung zum Zurückhalten" bestimmter Personen) von Haftanstalten juristisch unterschieden werden. Daraus resultieren auch gewisse Unterschiede im Umgang mit den „Zurückzuhaltenden": Abschiebehäftlinge in Frankreich dürfen etwa in der Anstalt Besuch empfangen und ihre Telefone behalten. Außer, wenn man damit fotografieren kann, denn Bilder aus dem Inneren dürfen, so der Staat, denn doch nicht nach draußen dringen.

Dramatische Verschlechterungen und Zuspitzungen kündigen sich unterdessen an: Eine EU-Richtlinie, die am 18. Juni 2008 verabschiedet wurde, erlaubt den Mitgliedsstaaten, „Abschiebekandidaten" bis zu 18 Monate zwangsweise festzuhalten – im Sinne der bislang in Deutschland zulässigen Höchstdauer. Und zwar ist die Abschiebehaftanstalt von Vincennes, bei Paris, am 22. Juni dieses Jahres infolge einer Revolte der Insassen bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Aber neue Anstalten sind derzeit im Bau, so soll der Abschiebeknast von Le Mesnil-Amelot um 17.000 Quadratmeter vergrößert werden. Frankreichweit existierten im Jahr 2003 insgesamt knapp 700 Plätze in den Abschiebeknästen, heute sind es 1.700 Quadratmeter – auf gleich bleibendem Raum. Entsprechend zusammengedrängt leben die Insassen im Moment. Sechs neue Abschiebezentren, zusätzlich zu den 24 bestehenden, sind unterdessen im Bau.

Diese Zustände sind nur die objektive Konsequenz aus einer allgemeinen Tendenz, die derzeit überall in der Europäischen Union sichtbar wird: dem Ausbau zur „Festung Europa". Ähnlich wie das offizielle Frankreich, möchten die meisten Mitgliedsländer der EU zunehmend unerwünschte Zuwanderung verhindern und die Betreffenden „loswerden", und gleichzeitig die ökonomisch „nützlichen" Einwanderer stärker sortieren und Hochqualifizierte anziehen. Am besten soll die Auswahl, also die Sortierung in „Nützliche" und „Überflüssige", schon in den Herkunftsländern vorgenommen werden. Oder in Transitländern wie Marokko, Mauretanien oder Libyen, deren Regime sich in wachsendem Ausmaß in die EU-Politik der militarisierten Flüchtlings- und Migranten-Abwehr einbinden lassen. Oft unter krassester Missachtung elementarer Menschenrechte. Praktisch, dass in solchen Ländern unabhängige Beobachter kaum oder nur schwer über die Einhaltung fundamentaler Grundrechte wachen können. In Libyen beispielsweise existiert nur eine einzige Menschenrechtsorganisation, die unter dem Vorsitz eines der Söhne von Staats- und „Revolutions"führer Muammar Kaddafi steht. Nichtsdestotrotz ist Libyen etwa für Italien, den nördlichen Nachbarn und früheren Kolonialherrn, inzwischen zu einem der wichtigsten „Partner"länder bei der Abwehr unerwünschter Migration geworden. Der Trend ist unterdessen in allen führenden EU-Staaten derselbe.

Um ihn zu kritisieren und öffentlich Zeugnis von den Konsequenzen und Auswirkungen dieser Politik abzulegen, waren am Freitag und Samstag mehrere hundert RepräsentantInnen der Zivilgesellschaften und von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) aus Europa und Afrika in Paris zusammengekommen. In Montreuil, einem Pariser Vorort, der gleichzeitig eine der Hochburgen der Immigration aus dem westafrikanischen Staat Mali ist, trafen die Delegierten von insgesamt 300 unterstützenden Initiativen und NGOs sowie zahlreiche Einzelpersonen am Freitag zu einem „alternativen Gipfel" zusammen. Am Samstag war der „Euro-afrikanische Bürgerrechtsgipfel zu Migration", so lautete der offizielle Titel, von einer internationalen Demonstration und einem



Konzert auf der Pariser Place de la République gefolgt. An ihnen nahmen rund 3.000 Menschen teil.

Konzipiert war die Veranstaltung ursprünglich als „Gegengipfel" zur für Anfang vergangener Woche geplanten EU-Ministerkonferenz zum Thema Migrationspolitik in Paris. Aufgrund der anhaltenden Finanzkrise, und weil die Regierungsspitzen mit dem Auflegen von Rettungsplänen für das jeweilige Bankensystem beschäftigt waren, wurde der Ministergipfel jedoch auf den 15. und 16. November verschoben.

Jedoch wurde bereits am vergangenen Donnerstag in Brüssel die Vorlage für einen gemeinsamen „Europäischen Pakt zu Migration und Asyl", den der französische Minister „für Einwanderung und nationale Identität" Brice Hortefeux im Frühsommer präsentiert hatte, durch die zuständigen Minister angenommen. Die Konferenz im November soll nur noch die Hand heben, um ihn offiziell zu verabschieden. Der neue „Pakt" sieht u.a. vor, dass EU-Mitgliedsstaaten auf eine „kollektive Legalisierung" bislang „illegal" auf ihrem Boden lebender Einwanderer – wie Italien und Spanien sie in diesem Jahrzehnt praktiziert haben – verzichten sollen. Frankreich opponierte schon vor drei Jahren gegen die damalige spanische

Regelung zur „Legalisierung" von rund 700.000 Menschen. Während die spanischen Behörden sich darüber freuten, dass diese Lohnabhängigen künftig mit Lohnsteuerkarte – statt „schwarz" – arbeiten und dadurch die Not leidenden Sozialversicherungskassen auffüllen werden. Paris, aber auch Berlin möchten hingegen nur noch „Legalisierungen" nach Einzelfallprüfungen durchgehen lassen, und haben sich damit im Prinzip auch durchsetzen können, obwohl zu diesem Thema ein etwas vager Formelkompromiss beschlossen wurde. Näheres wird die konkrete Ausführung des „Pakts" zeigen.

Noch vor dem nunmehr verschobenen Ministergipfel zur Einwanderungspolitik, nämlich am 3. und 4. November, soll eine europäische Justizministerkonferenz stattfinden. Frankreich, das im Augenblick die EU-Ratspräsidentschaft innehat, bewies mit der Ortswahl dafür einen Sinn für geschmackvolle Symbolik: Die Ministertagung wird nämlich in Vichy zusammentreten. Dort soll es dann u.a. um Richtlinien zur künftigen Abschiebepraxis gehen. Nach der Verabschiedung der neuen EU-Richtlinie zum Thema vom 18. Juni dieses Jahres (s.o.), die in Frankreich durch die Solidaritätsinitiativen und NGOs nur als ‚Directive de la honte' (Richtlinie der Schande) bezeichnet wird, dürfte jedoch klar sein, wohin der Hase läuft. Repressivere Bestimmungen, längere Verweildauer in Abschiebegewahrsam, und nunmehr sollen auch Kinder und Jugendliche „mit klarer Rechtsgrundlage" ganz offiziell in Abschiebehaft gehalten werden können.

Alassane, einer der Sprecher der „Association des Maliens expulsés" (AME, „Vereinigung der abgeschobenen Malier") in Bamako, schildert in Montreuil – und am Vorabend auf einer Infoveranstaltung in Paris – die Auswirkungen der verschärften Ausweisungspolitik in seinem Land. „Mali ist lange Jahre als ‚Müllkippe' von Staaten wie Frankreich, Italien und Spanien für ihre unerwünschten Zuwanderer behandelt worden. Da die malischen Konsularbehörden im Ausland oft komplizenhaft so genannte Passierscheine (Laissez-passer) ausstellen – die eine Person, die über keinen Reisepass verfügt, zur Grenzübertretung benötigt –, kommen Staatsbürger aus allen möglichen Ländern bei uns an. Angeblich sind sie Malier, aber in Wirklichkeit hat man sie nur in dieses Land abgeschoben, weil es so leicht war. Wir haben am Flughafen von Bamako sogar einen Nepalesen, aus Südasien, als Abschübling ankommen sehen. Das alles ist kein Wunder: Das malische Konsulat in Paris erhält vom französischen Staat Geld für jedes ‚Laissez-passer', das es ausstellt. Der Konsul erhält 320 Euro pro Abschiebekandidaten..."

Die AME betreut die aus den europäischen Ländern, aber auch aus anderen afrikanischen Staaten wie etwa Libyen oder Gabun Hinausgeworfenen, die am Flughafen ankommen. „Viele kommen ohne einen Cent Geld in der Tasche an, und oft haben sie auch keine Familie in der Hauptstadt Bamako selbst. Wir kümmern uns darum, ihnen für einige Tage eine Unterkunft zu besorgen. Aber wir schlagen ihnen auch eine psychologische und psycho-soziale Betreuung vor und bieten ihnen an, dass eine Person sie zurück in ihre Familie begleitet. Das ist ungeheuer wichtig, denn wer mit leeren Händen und unfreiwillig nach Hause kommt, während andere Personen aus seinem Dorf oder seinem Stadtteil noch in Europa leben, wird durch die Gesellschaft oft als ‚Versager' behandelt. In Afrika werden sie oft Exorzismus zum Austreiben böser Geister unterworfen... Insgesamt sind die Abgeschobenen oft traumatisiert und demoralisiert."

Die AME kümmert sich zusammen mit französischen Solidaritätsinitiativen, wie „Droits devant!" und „Survie", aber auch um mögliche juristische Antworten auf den staatlichen Umgang mit „unerwünschten" Einwanderern. So wird geprüft, Musterprozesse gegen den „Diebstahl" von entgangenen bzw. „verlorenen" Bankguthaben oder Sozialleistungen zu führen. Es geht um Einwanderer, die lange Jahre in Frankreich in die Sozialkassen einbezahlt haben und die all ihr Hab und Gut zurücklassen mussten.

Diese Zusammenarbeit ist quasi ein Musterbeispiel für die Kooperation der „Zivilgesellschaften in Nord und Süd", die auch auf dem Gegengipfel am Freitag und Sonnabend beschworen wurde. Allerdings mit etwas mehr bürokratischen Schwerfälligkeiten, etwa bei der Einschreibung – die sich u.U. als nicht so leicht erwies – und bei der Verabschiedung eines Resolutionstexts, der in weiten Strecken durch die „mächtigsten" NGOs im Vorfeld bereits ausformuliert worden war. Ein Grundkonflikt zwischen Solidaritätsinitiativen, die eine radikalere Kritik an der europäischen Politik üben, und stärker institutionalisierten NGOs sowie eher karitativen Organisationen (wie der christlichen Emmaüs-Community oder ATD-Quart Monde) ließ sich im Verlauf der Konferenz durchaus ablesen.

Dennoch ging von dem Gegengipfel ein wichtiges Signal aus. Die Abschlusserklärung fordert eine verstärke Einmischung „der Zivilgesellschaften in Nord und Süd" in die Praxis der Staaten. Er fordert eine Neudefinition von Zuwanderungs- und Entwicklungspolitik, die solidarisch ausgerichtet sein müssten, und warnt vor der Gefahr einer zunehmenden Abschottung „im Zuge der Finanzkrise, die die Armut auch im Norden noch zu verschärfen droht". Zudem wurde ein Forderungskatalog in den insgesamt sechs Workshops ausgearbeitet. Er beinhaltet beispielsweise im Bereich des Asylrechts die freie Wahl des Aufnahmelands, die Ablehnung jeglicher Externalisierung der Migrationspolitik (von der EU hin zu „peripheren" Staaten) sowie den Zugang zu Arbeit und Sozialleistungen. Humanistische Forderungen, die im diametralen Gegensatz zur aktuellen Grundtendenz der Politik in fast allen EU-Ländern stehen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg - Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Spendenkampagne für die Antifaschistischen Nachrichten 2000 Euro bis Jahresende!

Die ersten *100 Euro* sind eingetroffen, wir hoffen auf Eure Unterstützung

Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50 KtoNr. 10419507

„Die Polen sind, wie sie nun einmal sind"

Nation & Europa Oktober 2008

Auf den ersten Blick mutet die Oktoberausgabe von „Nation & Europa" an wie ein „rassenkundliches" Machwerk, erschienen irgendwann zwischen 1933 und '45: 16 Porträtfotos von Menschen unterschiedlicher Ethnien und Hautfarben, in ihrer Art an Fahndungsbilder erinnernd; dazu die Überschrift: „Linker Gleichheitswahn – Rassen nur Einbildung?". Abgesehen vom Editorial des Herausgebers *Harald Neubauer* spielt das Thema des klassischen Rassismus im Heftinneren dann nur noch eine Nebenrolle.

Stattdessen geht es an prominenter Stelle um Außen- und Geopolitik. „Hinter den Kaukasus-Kulissen: Das globale Schachspiel" heißt der Beitrag von N&E-Redakteur *Karl Richter*, in dem er gegen den vorherrschenden Trend der (bürgerlichen) Rechtspresse wie „Welt" oder „FAZ" für Russland Partei ergreift. Zu Recht weist Richter auf die US-Unterstützung Georgiens und die dieser Unterstützung zugrunde liegenden Interessen Washingtons hin, wobei, bei dem Autor nicht verwunderlich, immer ein latent antisemitischer Unterton mitschwingt: „...einem der fragwürdigsten Strippenzieher der US-Außenpolitik, dem Rüstungs- und Israel-Lobbyisten Richard Perle, maßgeblich forciert wurde. Perle, der unter anderem dem Aufsichtsrat des einflußreichen Jewish Institute for National Security Affairs (JINSA) angehört...". Der Rolle Israels widmet Richter eine ganze Seite (von insgesamt 6), an deren Ende er zu dem Schluss kommt: „Rußland befindet sich im Status der Einkreisung, die von Washington und Tel Aviv mit Nachdruck und unter Einsatz erheblicher Mittel vorangetrieben wird".

An dieser Stelle kommt zur Geopolitik und dem angedeuteten Antisemitismus der klassisch neofaschistische Geschichtsrevisionismus: „Die Konstellation ähnelt auf fatale Weise der Einkreisung Deutschlands am Vorabend des Zweiten Weltkriegs – und besonders fatal nimmt sich die Tatsache aus, daß einige der Vasallen von damals nichts aus der Geschichte gelernt haben und heute auf dem besten Wege sind, sich von den gleichen Kreisen aufs neue verheizen zu lassen. Polen erhielt seinen ‚Blankoscheck' von der britischen Regierung im März 1939. Danach eskalierten die Übergriffe auf Volksdeutsche, der Rest ist bekannt. Die gleiche Rolle im aktuellen Schach gegen Rußland spielt in diesen Tagen Georgien – eine variable Rolle, die morgen von der Ukraine, übermorgen von Estland übernommen werden kann. Daß auch Polen wieder mit von der Partie ist, kann kaum überraschen". Russland sieht Richter dagegen als „Hoffnungsanker für die Völker der Welt".

Die Hoffnung auf Russland als Verbündeten ist für die deutschen Neofaschisten allerdings mehr als trügerisch: Das russische Volk und große Teile der Völker, die früher in der Sowjetunion lebten werden mit Sicherheit nicht vergessen, welche barbarischen Verbrechen die Vorbilder Richters in ihrem Land verübten.

Nur am Rande: Gegen Polen scheint Richter von einem regelrechten Hass besessen zu sein. Anders ist kaum zu verstehen, warum er in der Rubrik „Neue Bücher", die jedes N&E-Heft abschließt, und in der die einzelnen Rezensionen normalerweise nur mit Autorenkürzeln gezeichnet sind, einen Beitrag über das Buch „Polen – Ein Ärgernis?" mit vollem Namen unterzeichnet. Hier einige Zitate aus seiner Buchbesprechung: „Denn Polen ... hat das Zeug zu einem handfesten Ärgernis. Aber nicht etwa, weil den Polen in den Jahrhunderten der Nachbarschaft von ihren West-Anrainern so viel Böses angetan worden wäre. Vielmehr spricht alles dafür, daß ‚die' Polen nun einmal so sind, wie sie sind... daß sich das slawische Volk im Ostenvon jeher durch eine beinahe irrationale Deutschenfeindschaft hervortat, zum anderen aber... durch eine nicht minder irrationale Selbstüberschätzung.... Daß Warschau schließlich den ‚Blankoscheck' der britischen Regierung vom März 1939 prompt dazu nutzte, Krieg mit Deutschland zu suchen, ist hinlänglich bekannt".

Die Niederlage, die viele Tausend Menschen „pro Köln" und ihren deutschen und internationalen Freunden am 19. und 20. September beigebracht haben, tut ihnen noch heute weh. Gleichzeitig wird versucht, die Niederlage in einen Erfolg umzulügen, um nicht gar zu blamiert dazustehen. Das versucht auch „wb" – vermutlich N&E-Redakteur *Werner Baumann*, der seinen Beitrag „Anti-Islamisierungs-Kongreß dennoch ein Erfolg: Rechtsbruch und Terror in Köln". Damit finden sich seine Hauptargumente (beides glatte Lügen) schon in der Überschrift: Am Rhein herrschte der nackte Terror und eine deshalb nicht stattgefundene Veranstaltung war ein Erfolg.

Da ist die Rede von einer „Menschenjagd im Schatten des Doms", von „linken Krawallmachern" und „unbegreiflichen Szenen", „linkem Haßjournalismus" und selbst „Rotfront-Kämpfer" tauchen auf und dennoch: „Viel Lob und Solidarität erntete dagegen die Pro-Köln-Führung um Markus Beisicht, Judith Wolter, Manfred Rouhs und Markus Wiener. Mit schier unlösbaren Problemen konfrontiert, behielt man trotzdem den Überblick und verbuchte letztlich einen nachhaltigen politischen Erfolg. Weltweit registrierten die Medien, daß auch in Deutschland der Widerstand gegen die Überfremdung wächst".

Was wirklich wächst, scheint eine neue politische Dolchstoßlegende zu sein.

Zum Schluss noch einmal zum Antisemitismus: Günter Rehak, 1966/67 Obmann (Vorsitzender) des „Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs", der sich zur „Tendenz der marxistischen Bolschewismuskritik" zählt und sich als deutschnationalen Austromarxisten bezeichnet. äußert sich zum Thema „‚1968' in Österreich": „wenn man davon ausgeht, daß es neben, hinter und über den eigentlichen Akteuren auch Regisseure gibt, die ein bestimmtes Konzept verfolgen und für die die handelnden Personen nur Schachfiguren sind.... Es würde unser Thema sprengen, wollten wir erörtern, wer 1968 Regie geführt haben könnte und dies auch weiterhin tut. Sprechen wir etwas unbestimmt von internationalen Finanzkreisen und lassen wir das als BLACK BOX im Raum stehen".

So schürt man antisemtische Ressentiments ohne das Wort Jude auch nur zu benutzen. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507